

Bonn, Montag 21. August 1972

Sprecher: Adorno, Amrehn, Barzel, Dregger, [Hennig], Katzer, Kiesinger, Köppler, [Kohl], Krakow, Kraske, Langguth, Lemke, Meyer, [Mikat], Müller-Hermann, Narjes, Schäfer, [Schröder], Schwarz-Schilling, Stoltenberg, Tandler, von Weizsäcker, Wex.

Politische Lage. Stand der Wahlkampf vorbereitungen. Bundesredner-Einsatz. Bundespartei-tag.

Beginn: 14.00 Uhr

Ende: 17.00 Uhr

POLITISCHE LAGE

Barzel: Liebe Kollegen, ich eröffne die Sitzung des Bundesvorstands. Wir haben heute mehrere Beratungen und einen Bericht über die Vorbereitung des Wahlkampfes. Und ich möchte gerne, weil wir uns ja eine Weile nicht gesehen haben, vorweg zu einigen politischen Dingen etwas sagen, nachdem wir heute morgen im Parteipräsidium¹ alle diese Fragen länger haben beantworten können. Aber zunächst müssen wir unseren Blick auf das unmittelbar vor uns Liegende wenden.

Meine Kolleginnen und Kollegen, ich möchte als erstes mit Blick auf die allmächtigen Herren Landesvorsitzenden, die natürlich in diesen Wochen und Monaten in ihrer Strahlkraft und in der Kandidatenaufstellung voll da sind, während wir hier wenig Möglichkeiten haben, wie wir jeden Tag sehen, die herzliche Bitte sagen mit allem Nachdruck, aufgrund verschiedener Erkenntnisse, daß wir uns alle bemühen, eine ausreichende Zahl qualifizierter Frauen auf unseren Listen unterzubringen. Dies ist ein sehr wichtiger Punkt. (*Beifall.*) Der zweite Punkt betrifft das, was ich verkürzt „Weg“ nennen möchte. Hier waren wir in der Schwierigkeit, daß wir auf der einen Seite aus Oppositionspflicht gegenüber einem sehr nahe stehenden Verlag², in manchem unterstützenden Verlag, natürlich nachdrücklich Pressefreiheit und diese Dinge empfehlen

1 Ergebnisprotokoll in ACDP 07-001-1405.

2 Im Juli und August 1972 wurden Verlagsräume der Zeitschrift „Quick“ und des Bauer-Verlags von Staatsanwaltschaft und Polizei wegen eines Steuerverfahrens und des Verdachts auf Verwahrungsbruchs (Veröffentlichung von Unterlagen zu den Ostverträgen) mehrfach durchsucht. Vgl. „Rheinische Post“ vom 10. August 1972 „Brandts Spiegel-Affäre?“; „Süddeutsche Zeitung“ vom 10. August 1972 „Staatsanwaltschaft und Kriminalpolizei durchsuchen Redaktionsräume der ‚Quick‘“; „Spiegel“ vom 14. August 1972 „Da ist soviel Kleinschilda drin“; zur rechtlichen Würdigung Hans Heinrich Rupp: Lehren aus der „Quick-Affäre“. In: Zeitschrift für Rechtspolitik 5. Jg. Heft 10/1972 S. 237-241.

mußten, auf der anderen Seite, aber nicht unsere ganze Position mitsamt Recht und Ordnung dadurch gefährden, daß wir der dritten Gewalt, wenn sie mal Gesetze anwendet, selbst wenn sie über das Ziel hinausschießt, von hinten ins Knie schießen. Dies, glaube ich, ist gelungen, durch eine vergleichsweise bedächtige Handhabung dieser Sache durch uns. Wir haben uns jetzt entschlossen, eine Kleine Anfrage einzubringen³ und alle anderen Entschlüsse vorzubehalten. Es gibt eine Tendenz innerhalb der Bundestagsfraktion, auch noch einen Untersuchungsausschuß einzusetzen. Wir wollen dies abhängig machen von dem Ergebnis der schriftlichen Antworten. Und ich füge hier hinzu, daß es ja unsere Oppositionspolitik war, nicht in die Luft zu ballern, sondern wenn, dann zu treffen. Wir haben zu dieser Stunde nicht das in der Hand – und Mikat kann dazu, wenn gewünscht, mehr vortragen –, was uns den Sieg in einem solchen Ausschuß sichert. Und wir haben auch nicht die Gewissheit, daß alles das, was beschlagnahmt worden ist, nur von einem, sagen wir, neutralen Wert ist. Wir wissen nicht, was da noch für Rohrkrepierer vielleicht dabei sein können. Ich würde also herzlich empfehlen, in dieser Sache einfach den Handelnden hier zu glauben, daß das ganz vernünftig ist, wie sie dies handhaben. Es kommt hinzu, daß wir irgendwelche aufgeregten Schritte in diesem Vorwahlfeld auf gar keinen Fall machen sollten.

Der nächste Punkt, ein Punkt, der die Partei beschäftigt und manche in ganz besonderer Weise, sind die Vorgänge um unseren sozialdemokratischen Kollegen Karl Schiller.⁴ Ich sage „sozialdemokratischen Kollegen“, weil er der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands angehört. Alle Fragen, die aus verständlichen Gründen an mich und andere gerichtet werden, sind natürlich so lange völlig törichte Fragen, als diese Eigenschaft fortbesteht. Ich möchte an dieser Stelle sagen, daß wir insgesamt, im Juni dachten, wir stehen jetzt gut, wenn wir das halten können über die Ferien. Das ist uns gelungen. Ich möchte allen danken, die sich zurückgehalten haben, sich selbst Schlagzeilen zu besorgen, was ja sehr gut möglich war in der Vergangenheit. Unser Musterbeispiel an Solidarität ist natürlich wieder durch einige Ausnahmen dann auch durchbrochen worden. Aber man sollte doch dieses Lob erst mal aussprechen, weil ja die Kandidatenaufstellung dieses Mal bis in die höchsten Ränge hinein nicht so leicht ist, wie es früher manchmal den Anschein hatte. Aber zurück zu dieser Sache. Sie werden verstehen, daß hier abgewogen vorgetragen werden muß. Der Kollege Schiller hat mit einigen von uns, nicht zuletzt mit dem Vorsitzenden seit langer Zeit ein persönlich gutes Verhältnis. Wir hatten im Juni einige grundsätzliche Gespräche und vor einer

3 Kleine Anfrage der Fraktion der CDU/CSU betr. Verdacht auf Eingriffe in die Pressefreiheit vom 18. August 1972 (BT-Drs. VI/3727) sowie Antwort des Bundesministeriums der Justiz vom 23. August 1972 (BT-Drs. VI/3734).

4 Schiller war am 7. Juli 1972 von seinem Amt als Bundeswirtschafts- und -finanzminister zurückgetreten, das Rücktrittsschreiben wurde in der Zeitschrift „Quick“ veröffentlicht. Im August 1972 trat Schiller auch von seinen Parteiämtern zurück, der erwartete Übertritt zur CDU kam nicht zustande. Vgl. „Die Welt“ vom 5. Juli 1972 „Minister Schiller kündigt Brandt für Freitag seinen Rücktritt an“; „Handelsblatt“ vom 19. Juli 1972 „Hat Schiller seinen Rücktrittsbrief der Illustrierten zugespield?“; „Quick“ Nr. 31 vom 26. Juli 1972 „Das Dokument der Pleite“; „Stern“ Nr. 36 vom 27. August 1972 „Mister Vier Prozent“.

Woche noch einmal ein grundsätzliches Gespräch. Ich habe in allen diesen Gesprächen die Auffassung vertreten, die ich mit einigen engeren Freunden auch abgestimmt hatte, wenn der Kollege Schiller – der zwar von uns nie angegriffen worden ist in seiner Grundhaltung, aber wenn Sie unsere Rednerdienste lesen, dann lesen Sie ja darin noch einiges auch über die verfehlte Politik – eine grundsätzliche Fahne hißt und einen grundsätzlichen Schritt tut, da nicht allein stehen wird, daß wir in der Zeit der Polarisierung und in der Zeit, in der nur Parteien Plattformen zum Mitraten und Mitwirken zur Verfügung stellen können, so weit gehen müssen. So weit und keinen Schritt weiter. Ich denke, dies ist so deutlich, wie dies sein kann. Ich würde Sie sehr herzlich alle ermuntern, in dieser Frage sehr vorsichtig zu sein. Denn so wie der Rücktritt von Karl Schiller ganz zweifelsfrei der Sache der Marktwirtschaft – und damit in zweiter Linie auch uns – genutzt hat, so könnte irgendeine Erklärung, wie es mißverständlich in der vergangenen Woche einige gab, natürlich dort auch zu Handlungen führen, die in der Auswirkung für uns nicht nützlich wären. Deshalb kann ich nur sagen, Respekt, wenn Karl Schiller aus seiner Meinung keine Mördergrube macht. Im übrigen ist er ein Mitglied der Sozialdemokratischen Partei. Wie lange er dies bleiben wird, steht dahin, manche Zeitungen wissen ja alles sehr viel besser als die handelnden Personen. Wir müssen achten, daß es nicht zwischen ihm und uns irgendeine Schwierigkeit gibt. Als Vorsitzender der Partei, wenn ich das noch sagen darf, weil ich zwar ein bißchen drum herum rede, werde ich überwiegend bereits verstanden. Ein Füllhorn habe ich für Pflichten und Bewährungen, nicht aber ein Füllhorn höchsten Glücks. Das, glaube ich, ist selbstverständlich. Ich kann nur sagen, daß in dieser Frage es auch zwischen Strauß und mir eine völlig abgestimmte Haltung gab und gibt. Also, mit anderen Worten: Mitwirken, mitraten ja, aber nicht an den Stellen, die die Presse ins Spiel bringt. Ich wäre ganz dankbar, wenn ich damit ungefähr verstanden worden sein könnte.

Zweite Abteilung: Ein Blick auf die politischen Sachfragen, die besonders wichtig noch auf der Tagesordnung von Bundestag, Bundesrat oder überhaupt stehen. Das erste: Bundeshaushalt 1972. Unsere Haltung ist klar. Wir werden im Haushaltsausschuß den Anträgen auf Kürzung zustimmen, die wir für vernünftig halten, den Haushalt insgesamt aber ablehnen.⁵ Dazu kein Wort mehr, vielleicht nachher noch ein ergänzendes Wort von Herrn Köppler über die Lage in Nordrhein-Westfalen. Zweiter Punkt: Renten. Wir haben uns im Präsidium damit beschäftigt und empfehlen einstimmig, um unser Konzept zu kämpfen. Unser Konzept ist besser, auch ausweislich sachkundiger, außerhalb der Fraktion und der Partei stehender Damen und Herren. Wir müssen dafür kämpfen, in der Hoffnung, dafür eine Mehrheit zu kriegen. Wir dürfen

5 Fortsetzung der zweiten und dritten Beratung des Haushaltsgesetzes 1972 (BT-Drs. VI/2650) am 7. Juni 1972 (Sten.Ber. 188. Sitzung S. 11053–11064). Zur Kritik der Union an der Haushaltspolitik der Bundesregierung vgl. die Ausarbeitung des Planungsstabes der CDU/CSU-Fraktion „Die Defizitlawine rollt – Finanzperspektive 1973 bis 1976“ vom 3. August 1972 (ACDP Dokumentation 0/069/11); „Die Welt“ vom 14. August 1972 „Opposition fordert Begrenzung der Ausgaben des Staates“; „Die Welt“ vom 21. August 1972 „Hermsdorf nennt Verschuldung des Bundes gering“.

irgend etwas anderes uns nicht einmal durch den Kopf gehen lassen.⁶ Dritter Punkt: Verkehrsvertrag.⁷ Die Regierung wird ihn wohl noch in dieser Woche dem Bundesrat zuleiten. Das Präsidium hat die Sache erörtert und einen Bericht von Herrn Marx entgegengenommen. Wir empfehlen, bitten dies aber noch nicht zu verlautbaren, weil hier die Konsultationen unter uns nicht fertig sind, hier in der Frage der Frist keine großen Schwierigkeiten zu machen, also mit dem ganzen Vertrag so auf die zustimmende Kenntnisaufnahme hinzukommen, also nicht an dieser Stelle ein neues Gefecht zu suchen. Um so freier sind wir für alle Aussagen und Verhaltensweisen in dem vierten Punkt, dem innerdeutschen Vertrag⁸, von dem niemand Ihnen sagen kann, ob er zustandekommt, wie er dann aussehen wird, oder ob er nicht zustandekommt. Letzter Punkt: Europäische Gipfelkonferenz.⁹ Im Augenblick sieht es so aus, als käme sie. Nicht sehr inhaltsreich. Was soll auch Herr Pompidou machen, wenn Brandt sie um jeden Preis haben will? Die französische Regierung war immer bereit, Blumen zu pflücken, die sich ihr umsonst darboten.

Meine dritte Abteilung betrifft ein Stück politischer Aussage zu der bevorstehenden Wahl. Wir haben eine negative Aussage, nicht für uns, sondern als Test gegen die anderen, getroffen, indem wir mehrfach gesagt haben, die außenpolitische Öffnung nach Osten darf nicht Hand in Hand gehen mit der innenpolitischen Öffnung für den marxistischen-kollektivistischen Sozialismus. Ich empfehle Ihnen allen, wenn ich das Recht hätte, eine Pflichtlektüre zu verordnen, würde ich das an dieser Stelle tun, die gestrige Rede von Brandts Abwerbung zu lesen.¹⁰ Dies ist eine Kostprobe zur Einstimmung in Wahlkampf, in Diffamierung und in der raffinierten Form in dieser Sache. Ich

6 Vgl. Sten.Ber. 6. WP 191. Sitzung vom 14. Juni 1972 S. 11204–11248: erste Beratung des von der CDU/CSU-Fraktion eingebrachten Entwurfs eines Gesetzes zur Sicherung der brutto-lohnbezogenen dynamischen Rente (BT-Drs. VI/3325) sowie erste Beratung des von der Bundesregierung eingebrachten 15. Rentenanpassungsgesetzes (BT-Drs. VI/3448) sowie des Sozialberichts 1972 (BT-Drs. VI/3432).

7 Gesetzentwurf zu dem Vertrag vom 26. Mai 1972 zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Deutschen Demokratischen Republik über Fragen des Verkehrs (BT-Drs. VI/3370): erste Beratung ohne Debatte mit Überweisung in den Ausschuß für innerdeutsche Beziehungen am 20. September 1972 (Sten.Ber. 6. WP 197. Sitzung S. 11574); zweite Beratung und Schlußabstimmung mit Annahme des Gesetzes am 22. September 1972 (Sten.Ber. 6. WP 199. Sitzung S. 11738–11740; Gesetz vom 16. Oktober 1972, BGBl. 1972 II S. 1449).

8 Der „Vertrag über die Grundlagen der Beziehungen zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Deutschen Demokratischen Republik“ (BULLETIN Nr. 155 vom 8. November 1972 S. 1842–1844) wurde am 8. November 1972 in Bonn paraphiert. Michael Kohl und Egon Bahr unterzeichneten den Vertrag am 21. Dezember 1972 in Ost-Berlin, er wurde am 11. Mai 1973 vom Deutschen Bundestag ratifiziert und trat am 21. Juni 1973 in Kraft (BGBl. 1973 II S. 421–425, 559).

9 Die vorbereitenden Verhandlungen über das Zustandekommen einer Konferenz über Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (KSZE) fanden vom 28. November bis 15. Dezember 1972 in Helsinki statt. Die erste Konferenz fand vom 3. bis 7. Juli 1973 in Helsinki statt, vgl. AdG 1973 S. 17767–17771, 18047–18061.

10 Rede Brandts am 20. August 1972 in der Friedrich-Ebert-Stiftung Bonn anläßlich des 20. Todestages von Kurt Schumacher. Vgl. SPD Pressemitteilungen und Informationen

bitte also auch, allen das zuzuleiten durch die zuständigen Stellen der Bundesgeschäftsstelle. Brandt ist in der Defensive, aber er hat das nicht ganz ungeschickt gemacht. Wenn ich mich recht erinnere, haben wir hier auch unter uns wegen des Wortes „Sozialismus“ uns unterhalten. Nicht, weil hier irgendein Sozialist säße, sondern weil dieses Wort bei manchen jungen Menschen immer positive Assoziationen bringt. Ich meine deshalb, daß unsere Aussage für das, was wir wollen und warum eigentlich die Mitbürger uns wieder wählen sollen, natürlich auch einen positiven Punkt bringen wird. Ich habe das in einem sehr komplizierten Satz aufgeschrieben, der Satz ist weder verwendungsfähig für eine Rede, noch gar für eine Werbeschrift. Aber er enthält alle Elemente, um die es geht. Deshalb ist er in schlechtem Deutsch, aber er gibt alles das wieder, um was es geht: „Wir brauchen eine neue Politik, die das mühsam Erreichte sichert und durch stabile Verhältnisse soliden Fortschritt ermöglicht, damit es gerecht zugeht in Deutschland.“ Worauf es mir ankommt hierbei, sind nicht nur die positiven Aspekte, sondern auch das Wort „gerecht“. Ich habe dies ein bißchen getestet, in den drei Wochen, in denen ich vor meinem Urlaub¹¹ herumgefahren bin und in den drei Tagen, die ich hinter mir habe. Ich habe noch einmal zwei Reden vor mir, bevor die Olympiade beginnt.¹² Wenn man sagt: Guck, das sind die Mieten und das sind die Sparer und das sind die Rentner, das ist doch schlimm! Und man dann sagt, sozialer Betrug und all diese Worte, dann kann man natürlich wie viele sagen – und ich habe das früher auch gemacht –, das ist wahrscheinlich Sozialismus. Ob das Sozialismus ist, weiß ich nicht, das müssen die zuständigen Leute beantworten. Ich weiß, sozial ist das nicht, und gerecht ist das nicht. Mit diesen beiden Worten kann man, glaube ich, etwas Positives und etwas Offensives zugleich bewirken, vor allen Dingen in dem Kampf um junge Menschen und um Linke und Mitte und Urbanität und weiß ich was nicht alles. Dazu gehört, daß wir uns klar sind. Darüber werden wir später noch zu sprechen haben. Ich werde eine Liste anlegen der „heißen Eisen“ für uns. Wenn ich unser Programm mir anschau, so ist das nicht sehr schwierig. Es ist eine Frage, es zusammenzubringen und gefällig darzustellen. Was die Außenpolitik und die Deutschlandpolitik angeht, dazu liegen alle Entschließungen vor. Die Bundestagsentschließung bis zu unseren Stufenplänen¹³, innerdeutsch usw., ist ja auch noch mit der Ostasienpolitik zu ergänzen. In der Innenpolitik haben wir viel erklärt, wir haben unsere Pläne zur Vermögensbildung¹⁴ und zur Rentenpolitik¹⁵. Die Rente bleibt zu halten im Hinblick auf

vom 20. August 1972 (Text der Rede); „Die Welt“ vom 21. August 1972 „Brandt erläutert seinen Begriff vom demokratischen Sozialismus“.

11 Seinen Urlaub an der portugiesischen Algarveküste brach Barzel am 12. August 1972 wegen der schwierigen innen- und außenpolitischen Lage vorzeitig ab, vgl. Interview mit der „Tagesschau“ am 12. August 1972 (BPA Abt. Nachrichten Referat II/4).

12 Die Olympiade begann am 26. August 1972 in München (vgl. Nr. 2 Anm. 12).

13 Vgl. Nr. 25 Anm. 10.

14 Kleine Anfrage der CDU/CSU-Fraktion vom 25. August 1972 betr. Vermögensbildung und Sparförderung (BT-Drs. VI/3737; Antwort des Bundesministeriums für Arbeit und Sozialordnung vom 7. September 1972, BT-Drs. VI/3756); „Süddeutsche Zeitung“ vom 9. August 1972 „Opposition vermögenspolitisch aktiv“.

15 Am 22. August 1972 legte die CDU/CSU-Fraktion eine Dokumentation mit dem Titel

die Stabilität. Aber es gibt ein paar heiße Eisen, zu denen wir verpflichtende Aussagen nachher als Wahlkämpfer werden machen müssen. Ich hoffe, daß dies alles, was ich hier vortrage, eben diskret bleibt, § 218 und Sexualstrafrecht, DDR und UNO, Generalvertrag, Neugliederung, Steuererhöhungen. Ich erkenne, daß wir zunehmend gefragt werden, wie das eigentlich mit unserer künftigen Agrarpolitik aussieht, einschließlich der personellen Besetzung. Und ich muß sagen, daß bei einem großen Teil der Vertriebenen die Fragezeichen abnehmen, daß aber auch dort Fragen nach Organisation und personeller Aussage für eine künftige Regierung immer deutlicher in die Öffentlichkeit dringen.

Ich möchte eine vierte Abteilung in diesem Bericht hier auch nennen. Und die ist, wie beurteilen wir die Lage? Ich persönlich habe das Gefühl, wenn wir gestern Wahltag gehabt haben würden, würden wir die Sache gewonnen haben. Ob das am 3. Dezember so sein wird, wissen wir nicht. Ganz sicherlich wird das Ganze kein Spaziergang. Und wer glaubt, wir hätten das schon gewonnen, wir es verlieren. Wir können dies schaffen. Und wir müssen uns selbst hier in eine etwas, ja, beinahe selbstbewußtere Lage bringen. Denn zu viele von uns meinen ernsthaft, wir lebten jetzt nur von den Fehlern anderer. Das ist ja nicht richtig. Wir haben Opposition betrieben, die argumentativ war, die nicht geballert hat, die Alternativen geboten hat. Wir haben mit beinahe gnadenloser Konsequenz drei Jahre Wirtschafts-, Sozial- und Finanzpolitik als eines gesehen. Hier darf ich einmal dem Planungsstab der Fraktion wirklich Dankeschön sagen, daß er über drei Jahre mit immer neuen Worten und Zahlen eine Linie zu halten imstande war, was für Intellektuelle fast unerträglich ist. Und wir haben, ich füge dies hinzu, sicherlich durch unsere Entscheidung über die Verträge einen Vorhang weggezogen, der den Blick auf andere, ernsthafte Probleme freigegeben hat. Das Entscheidende wird aber sein, bei allem Respekt vor dem, was nachher unsere Kollegen, vor allem der Generalsekretär, vortragen werden, was wir alles noch tun werden an Versammlungen usw. Eins ist durch gar nichts zu ersetzen, nämlich das, wie wir miteinander umgehen. Wie die Kommunikation, der Informationsaustausch unter uns stimmt und wie jeder von uns auf Schlagzeilen für sich verzichtet, um Schlagzeilen für das Ganze zu machen, dies ist schlechterdings der Stand.

Der Fahrplan, nächste Abteilung, der uns vorschwebt, ist heute nicht ganz endgültig mitteilbar, weil ein zweites Gespräch mit dem Vorsitzenden der CSU auch über solche Fragen noch aussteht. Das erste war sehr gut. Wir werden also heute einen Bericht entgegennehmen über die Ansätze der Wahlkampfführung. Es wird dann die Olympiade geben, an der wir hoffentlich teilnehmen, und alle auf der Linie sind, daß hier keiner sein parteipolitisches Süppchen kochen soll. Es sollen sich alle wohlfühlen in Deutsch-

„Rentenpolitik in der VI. Legislaturperiode des Deutschen Bundestages – Die Konzepte der CDU/CSU und der SPD/FDP“ vor, vgl. Presseerklärung der CDU/CSU-Fraktion im Deutschen Bundestag (ACDP Dokumentation 0/060/300); FAZ vom 23. August 1972 „Katzner will Rentenbeschlüsse noch vor der Bundestagsauflösung“. Die zweite und dritte Beratung des Rentenreformgesetzes erfolgten am 20. und 21. September 1972 (Sten.Ber. 6. WP 197. Sitzung S. 11577–11651 sowie 198. Sitzung S. 11701–11716; Gesetz vom 16. Oktober 1972, BGBl. 1972 I S. 1965).

land. Ich hoffe, daß wir dann auch in München Gelegenheit haben werden, ein anderes Gespräch mit Herrn Strauß fortzusetzen. Wir haben dann am 14. und am 15. September eine zweitägige Klausurtagung der Führungsgremien und der Mannschaft. Arbeitsziel ist dort, unsere Wahlkampfplattform in den Grundzügen vorzutragen und sie zu diskutieren. Da werden wir nicht fertig werden. Deshalb ist vorgesehen eine weitere, noch nicht terminierte – wir müssen nachher darüber sprechen – Sitzung von einem oder 1 ½ Tagen in Berlin, damit wir sagen können, die Mannschaft tagt in Berlin, um ihr Programm abzurunden. Dann stellt sich die Frage, wie wird dieses, tunlichst als Regierungsprogramm verkündet, eigentlich in Kraft gesetzt? Wie ist das Verhältnis des und der Parteitage zu diesem Programm? Das wird im einzelnen zu erörtern sein.

Meine Freunde, ich glaube, daß ein nächster Punkt sein sollte, wenn wir uns in Sachen „Quick“ und anderen vergleichsweise ruhig verhalten haben, wir hätten viel lautstarker sein können, dann, weil wir hier glauben, daß eigentlich in der Bevölkerung bekannt ist, daß wir Opposition sind, daß wir gegen die Regierung sind und das auch ganz gut machen. Die Mitbürger erwarten langsam, daß sie ein bißchen spüren von dem, wofür wir sind. Und da für uns in dem Wahlkampf die Stabilität der Punkt Nummer 1 sein wird, haben wir uns heute im Präsidium entschlossen und das auch vorbereitet und auch dort diskutiert, diese Erklärung¹⁶ herauszugeben, die auf Ihren Tischen liegt, ich will sie hier nicht vorlesen. Ich will Ihnen einfach unsere Stabilitätsdinge ungefähr umreißen, das ist auch telefonisch mit den anderen Kollegen, die dafür zuständig sind, abgestimmt, so daß wir hoffentlich morgen mit einer solchen Sache in der Presse sind.

Zum Schluß: Die Partei, so mein Eindruck, ist an der Arbeit und sie will, und das ist sehr wichtig, siegen. Ich habe nichts anderes irgendwo angetroffen. Ich glaube, wir können dies schaffen, wenn wir so miteinander umgehen, wie dies erforderlich ist. Wir können uns nicht mehr irgendeine Dissonanz zwischen uns leisten, dies scheint mir das allerwichtigste zu sein. Und was – ich sage es noch einmal, weil ich weiß, daß solche Diskussionen besonders interessant sind – das Programm betrifft, so liegt mehr auf dem Tisch, was als Übereinstimmung beider Parteien und der gemeinsamen Fraktion zu den einzelnen Problemen vorgetragen und beschlossen worden ist als vielen von uns in Erinnerung. Soweit dieser Bericht. Ich würde es eigentlich für richtig halten, wenn wir gleich den Generalsekretär bitten können, hier im Anschluß tätig zu sein. Ich danke Ihnen herzlich, das Wort hat Herr Kraske. (*Beifall.*)

STAND DER WAHLKAMPFVORBEREITUNGEN

Kraske: Herr Vorsitzender, meine Damen und Herren, meine lieben Kollegen! Das Präsidium hat noch vor der Sommerpause ein Wahlgremium berufen¹⁷, das sich – wie

16 Protokoll der Präsidiumssitzung am 21. August 1972 sowie Pressemitteilung der CDU in ACDP 07-001-1405.

17 Protokoll der Präsidiumssitzung am 19. Juni 1972 in ACDP 07-001-1405. – Transkript der Ausführungen Kraskes in ACDP 07-001-5179.

in früheren Jahren – neben einer Reihe von ausgewiesenen Fachleuten aus Vertretern einzelner Landesverbände, aus Vertretern der großen Gruppen in der Partei, der jungen Generation, der Frauen insbesondere, der Arbeitnehmerschaft, aus Mitgliedern der Grundsatzkommission und aus dem Präsidium selbst zusammensetzt und das am Wochenende seine erste konstituierende Tagung abgehalten hat.¹⁸ Um das Ergebnis einer sehr langen, erfreulich kritischen und erfreulich konstruktiven Diskussion vorzunehmen, will ich Ihnen sagen, daß das Wahlgremium in seiner Schlußempfehlung den Grundüberlegungen, die wir vorgetragen haben für die Wahlkampfstrategie, und der Grundlinie, die wir zu unserer Werbung vorgeschlagen haben, zugestimmt hat. Ich will Ihnen heute darüber berichten. Ich will dies ausführlicher tun, als das in früheren Legislaturperioden vor früheren Wahlkämpfen im Bundesvorstand geschehen ist, weil ich meine, daß der Bundesvorstand hier wirklich eine Aufgabe hat, dies kennenzulernen und eine begründete Entscheidung zu treffen und sie nicht alleine einem solchen Wahlgremium zu überlassen. Dazu lassen Sie mich folgende Punkte anführen, bevor ich Ihnen im einzelnen hier erste Werbemittel vorstelle.

Erstens, ich wünsche mir und ich hoffe, daß wir im Interesse eines möglichst erfolgreichen, möglichst effektiven Wahlkampfes uns noch gründlicher als früher darüber klar werden, an wen sich dieser Wahlkampf zu wenden hat, wer in diesem Wahlkampf unsere Zielgruppen sind. Jeder Wahlkampf hat zu allen Zeiten zwei entscheidende Aufgaben. Nämlich einmal die Bestärkung und die Mobilisierung der Stammwähler und zum anderen die Überzeugung der Grenz- und der Wechselwähler. Diese beiden Aufgaben müssen miteinander gelöst werden, aber sie müssen durch verschiedene Medien und in verschiedenen Formen gelöst werden. Während die Bestärkung und die Mobilisierung der Stammwähler in erster Linie die Aufgabe der eigentlichen Kampagne ist – und deswegen ist und bleibt auch im Zeitalter des Fernsehens die Rednerkampagne in einem Wahlkampf so ungeheuer wichtig und unverzichtbar, und deswegen ist es überhaupt kein Argument, wenn immer eingewandt wird: „Da sind ja überwiegend unsere eigenen Leute“ –, so sehr hat sich die Werbung in erster Linie an die Grenzwähler und an die Wechselwähler zu richten. Die Werbung muß zwar von den Stammwählern voll akzeptiert werden, ihre Zielgruppe müssen aber die zu gewinnenden, die zu überzeugenden Grenz- und die Wechselwähler sein, d. h. also doch, daß sie sich eher an deren Bewußtseinslage zu orientieren hat als an der Bewußtseinslage unserer treuen Anhänger, unserer Stammwähler. Das heißt – ein wenig umschrieben –, daß es in der Werbung und in diesem Fall des Wahlkampfes nicht darum geht, die Hundertprozentigen zu Zweihundertprozentigen zu machen, sondern die Fünfzigprozentigen zu Hundertprozentigen oder – wie es mein Freund Arthur Rathke meistens umschreibt –, daß es in diesem Teil des Wahlkampfes nicht darum geht, daß die Leute, die ihr Kreuz ohnehin für die CDU machen, es nun besonders dick für die CDU machen. Bitte behalten Sie dieses im Auge bei allem, was wir anschließend zu diskutieren haben.

18 Protokoll der konstituierenden Sitzung des Wahlkampfgremiums der CDU am 19./20. August 1972 in Bonn in ACDP 07–001–5181.

Wechselwähler sind, und das ist der zweite Punkt, nach allen Erfahrungen, über die Herr Professor Kaltefleiter im einzelnen ergänzend berichten kann, wenn Sie dies in der Diskussion wünschen, nicht etwa, wie es lange Jahre hieß, die völlig unpolitischen, die völlig uninteressierten Wähler, die dieses Mal hierhin und jenes Mal dorthin schwappen, sondern Wechselwähler sind, wenn Sie sich die Gesamtheit der Wählerschaft angucken, eher politisch interessierte Wähler, es sind eher kritische Wähler, es sind eher Zeitungsleser, es sind eher Fernsehzuschauer. Das heißt also, sie gehören eher zum politisch aufgeschlosseneren Teil unserer Bevölkerung. Daher meinen wir, daß eine Werbung, die sich vor allem an diese Gruppe richtet, deutlich machen sollte, daß die Christlich-Demokratische Union einen politischen Wahlkampf, einen argumentierenden Wahlkampf, einen informierenden Wahlkampf führt. Selbstverständlich muß auch dieser Wahlkampf Emotionen freisetzen, er muß eine motivstiftende Wirkung haben, aber er muß dies durch die politische Themenwahl und die Art ihrer Darstellung haben und nicht durch Idylle oder durch Sentimentalität. Ich meine im übrigen, daß hier, nach allen Erfahrungen während der letzten 20 bis 25 Jahre, auch ein nahezu prinzipieller Unterschied besteht zwischen der Wahlkampfanlage einer Regierungspartei und der einer Oppositionspartei, sowohl wenn Sie die Images eines Bundeskanzlers einerseits und eines Oppositionsführers andererseits vergleichen, als auch, wenn Sie etwa die Themenwahl nehmen, im einen Falle etwa Friedenspolitik, im anderen Falle Stabilitätspolitik, ist das eine etwas, wo sich Sentimentalitäten eher aufhängen und mobilisieren lassen, während das andere eher auf dem Wege von der Politik her überzeugend dargestellt werden muß. Mit anderen Worten: In einem Wettstreit der Sentimentalitäten besteht die Gefahr, daß wir der SPD eine Stärke geben würden, die sie gar nicht hat. Deswegen ist unser Feld die Politik, das Argument, die Information. Dies scheint mir im übrigen auch zugleich die beste Antwort auf die Frage zu sein, wie beschäftigen wir uns in diesem Wahlkampf mit den Gruppen, bei denen wir den stärksten Nachholbedarf haben, nämlich bei den jungen Wählern – sechs Jahrgänge, wie wir alle wissen –, bei dem urbanisierten Mittelstand – oder wie immer man ihn bezeichnet –, bei der Großstadtbevölkerung, bei den Facharbeitern, bei sozialen Aufsteigern und wie Sie diese Gruppen sonst umschreiben wollen.

Drittens, wir haben uns zu fragen – und das wird unsere Programmüberlegungen durch den September bis hin zum Parteitag in Wiesbaden mit zu bestimmen haben – um welche Themen geht es im Wahlkampf? Es wäre ein schwerer Irrtum, wenn irgend jemand glauben wollte, wir könnten in diesem Wahlkampf die Außenpolitik ausklammern. Überdies gibt es Themen, die positiv für uns besetzt sind, etwa die Europapolitik, etwa der Kampf um die Menschenrechte im anderen Teil Deutschlands, nehmen Sie nur unseren Europaplan, nehmen Sie nur unseren Rainer-Barzel-Stufenplan. Daneben wird es mehr als je zuvor die prinzipielle Auseinandersetzung mit dem Sozialismus geben, der Kampf gegen die Linksunterwanderung der SPD, den Streit um mehr innere Sicherheit. Aber wenn wir gar nicht nur von eigenen Wünschen und taktischen Überlegungen ausgehen, sondern wenn wir von dem ausgehen, was uns jede Meinungsumfrage sagt und was wir überdies, wie ich glaube, in jeder eigenen Versammlung in diesen Wochen und Monaten erleben, wird im Zentrum der politischen Aus-

einandersetzung natürlich die Innenpolitik stehen, wird die Wiedergewinnung der Stabilität im Mittelpunkt unserer Aussage zu stehen haben, die Wiedergewinnung der Stabilität als zwingende Voraussetzung für alle Reformen, die wir dringend brauchen und um die uns diese Regierung mit ihren maßlosen Versprechungen und mit ihrer Inflationspolitik betrogen hat.

Mein Vorschlag an diejenigen Gremien unserer Partei und unserer Fraktion, die sich mit der Vorbereitung dieser Frage zu beschäftigen haben, ist in diesem Zusammenhang seit vielen Wochen, daß wir nicht der Versuchung erliegen, ein Wahlprogramm, ein Regierungsprogramm aufzustellen, das in Konkurrenz tritt mit unserem eigenen Parteiprogramm, mit dem Berliner Programm und seiner zweiten Fassung, die wir in Düsseldorf verabschiedet haben. Wir sollten nicht den Ehrgeiz haben, ein Programm zu präsentieren, das wir daraufhin untersuchen müssen, ob hier auch zu jedem Problem und zu jeder Gruppe in unserem Lande etwas gesagt wird. Es geht in diesem Wahlkampf nicht um Vollzähligkeit, sondern es geht zuallererst um die psychologische Wirkung, der Öffentlichkeit überzeugend klarzumachen und werblich zu zementieren: Hier ist eine Partei, hier ist ein Kanzlerkandidat und seine Mannschaft, die wissen ganz genau, was sie wollen, die haben konkrete Pläne und konkrete Lösungen, ein konkretes Programm. Und deswegen meine ich, sollten wir anstelle von Allgemeinheiten wirklich viele Bereiche unseres Programms auflösen in einzelne Planvorstellungen, wie sie ja aus der Arbeit der Opposition schon vorliegen. Wir haben den Europaplan, wir haben den Stufenplan in der Deutschlandpolitik, wir haben den Vermögensplan, wir haben den Rentenplan, und so wird es eine Reihe von anderen Bereichen geben, etwa die berufliche Bildung oder die Bildungspolitik im ganzen, wo wir das noch zu ergänzen und auszuformulieren haben. Daß wir daneben allen unseren Rednern und Freunden die Handhabe geben müssen, um im Wahlkampf zu wissen, was sie auf besorgte Fragen, etwa der Beamten oder der Landwirte oder des Mittelstandes zu sagen haben, das ist völlig klar. Aber das bedeutet nicht, daß wir das in eine ganze Vielfalt von Programmankündigungen hinein nehmen, sondern daß wir unter die Oberzeile „Wiedergewinnung der Stabilität als Voraussetzung für alles“ dort ein paar sehr konkrete und sehr plastische Punkte subsumieren, die unser Konzept zeigen.

Viertens, es wird in einem Wahlkampf, wo es mehr denn je darauf ankommt, daß wir die absolute Mehrheit kriegen, ob die Unionsparteien gewinnen, mehr denn je davon abhängen, ob es uns gelingt, die Wählerschaft ganz eindeutig zwischen zwei Möglichkeiten zu polarisieren, sie auf die Alternative Unionsparteien oder SPD festzulegen. Das bedeutet nach meiner Überzeugung und Erfahrung, daß wir mindestens in der Werbung auf jede Nennung der FDP oder ihrer führenden Politiker verzichten sollten. In unseren Wahlkampfaussagen, in der Politik, in den Wahlreden wird sich das von Situation zu Situation nicht immer ganz vermeiden lassen, aber wir können nur ein ganz großes Interesse daran haben, daß wir nicht hochspielen, daß es hier um drei Möglichkeiten geht, sondern daß wir die Entscheidung klarmachen. Ich denke, daß Sie mir alle zustimmen werden, daß Sie die zurückliegenden elf Landtagswahlen nahezu im nachhinein daraufhin analysieren können, wieviel ist jeweils über die FDP

geredet worden und daß Sie das dann in den Wahlergebnissen, jedenfalls in der Steuerungsrate oder in der Abfallrate der FDP, merken.

Fünftens, es gibt in diesem Wahlkampf, da wir aus einer echten, legitimen, demokratischen Auseinandersetzung in unserer Partei herausgekommen sind, die abgeschlossen worden ist mit dem Parteitag in Saarbrücken, entscheidend darum, daß wir die Unionsparteien CDU und CSU als eine geschlossene politische Mannschaft unter der Führung von Rainer Barzel präsentieren und daß daran nicht der mindeste Zweifel entsteht.

Lassen Sie mich jetzt im Zusammenhang mit der Offenheit und Direktheit, die ich mir auch in 20 Jahren Politik nicht ganz habe abgewöhnen lassen, zu ein paar Fragen Stellung nehmen, die in der Regel als etwas delikat und heikel gelten. Das ist zunächst die Position unseres Vorsitzenden und unseres Spitzenkandidaten. Meine Damen und Herren, in der Presse lesen Sie gelegentlich eine Diskussion, die uns nun nicht nur seit Saarbrücken, sondern schon vorher aufgeredet werden sollte, nämlich über die sogenannten Image-Probleme. Herr Professor Kaltefleiter hat in dem Wahlkampfgremium mit Recht darauf hingewiesen, daß es in 22 Jahren Bundesrepublik noch nie einen Oppositionsführer gegeben hat, der in der Zustimmung des Publikums dem Kanzler mit seinem unzweifelhaften Amtsbonus so dicht auf war, wie dies jetzt der Fall ist und in zunehmendem Maße günstiger für uns. Dieses gibt uns die beste Ausgangsposition, hier eine ganz klare, auch werbliche Wahlkampfaussage zu machen. Lassen Sie mich ein zweites sagen: Niemand wird nach der Entwicklung der letzten Monate etwa glauben, daß ich in meinem persönlichen Verhältnis zur CSU veranlaßt wäre, schönfärben zu wollen. Aber wenn ich ständig die Kampagne der Linken höre: „Wer Barzel wählt, wählt Strauß“, gibt es für uns nur eine einzige Möglichkeit, eine Antwort darauf zu geben, und das ist die Offensive, nämlich ganz klar – auch im Bereich der CDU – uns zu dem Vorsitzenden der CSU zu bekennen als dem Mann, den wir brauchen in dieser Mannschaft und den wir desto mehr brauchen, je mehr diese Regierung unsere Staatsfinanzen zerrüttet hat und je mehr ein Mann an diese Stelle muß, der bewiesen hat, daß er ein erstklassiger Finanzminister ist. Also, wir würden uns selbst den allergrößten Schaden tun, wenn wir auch nur irgendwo den Eindruck erwecken wollten, laßt uns doch mal sehen, daß wir Strauß so ein bißchen in Bayern kämpfen lassen, und wir tun so in der CDU, als ginge es hier um andere Personalien. Dies ist eine Mannschaft und sie muß als eine geschlossene Mannschaft vom Norden bis zum Süden den Wählern präsentiert werden.

Meine Damen und Herren, in dieser Mannschaft gibt es jüngere und ältere Politiker, gibt es sehr bekannte und gibt es andere, die erst noch vom Namen und vom Amt her bekannt werden müssen. Das ergibt sich aus deren bisherigen politischen Werdegang und ist unter uns Freunden nicht eine Frage der unterschiedlichen Qualifikation. Aber da es in einem Wahlkampf um Wirkung geht und nicht um Prestigefragen, müssen wir daraus natürlich unsere Konsequenzen ziehen. Aus vielerlei Gründen – unsere Landesverbände haben darin ja schon manche Erfahrungen gemacht – habe ich erhebliche Bedenken, ob wir die Mannschaft Rainer Barzels im Wahlkampf in der Weise visualisieren können, daß wir etwa zwölf oder gar noch mehr Gesichter auf Plakate

bringen. Ich habe außerdem meine erheblichen Bedenken, ob es sinnvoll ist, mit dem Medium der Plakatierung Mitglieder dieser Mannschaft, die noch nicht landauf, landab bekannt sind, in den zur Verfügung stehenden zwei oder drei Dekaden nun landauf, landab zu plakatieren. Deswegen empfehle ich, daß wir hier erstens von einer starken Regionalisierung ausgehen, d. h., daß wir in Schleswig-Holstein das Bild eben anders gestalten, mit Rainer Barzel, um ihn herum, als in Baden-Württemberg oder in Hessen oder in Rheinland-Pfalz. Und ich empfehle zweitens – wenn wir uns auf ein Mannschaftsplakat verständigen, das ich bis heute niemandem zusagen kann, weil das einfach graphisch eine ganz schwierige Aufgabe ist, und weil es sich nur lohnt, wenn es wirklich sitzt –, daß für eine solche bundesweite Visualisierung der Mannschaft in ihrem Bekanntheitsgrad nur ein Kern in Frage kommt neben unserem Vorsitzenden, das sind Franz Josef Strauß, Gerhard Schröder und Hans Katzer. Ich scheue mich nicht, das in diesem Kreise ganz offen zu sagen, weil wir uns darüber klar sein müssen und nicht hier mit falschen Vorstellungen an eine Aufgabe herangehen können, die unter werblichen Gesichtspunkten zu lösen ist, wenn wir entsprechende Wirkung haben wollen.

Ganz anders sieht es im Fernsehen aus. Ich werde Ihnen nachher im Zusammenhang der Gestaltung unserer Fernsehsendungen eine Empfehlung geben, da es auch hier, im Unterschied zu früheren Versuchen, auf eine starke Politisierung herausgeht. Hier meine ich, haben wir bei neun Fernsehsendungen und noch fünf der CSU, also insgesamt 14 Sendungen, eine große Möglichkeit, die Vielfalt dieses personellen Angebots der CDU darzustellen, in einzelnen Namen, in einzelnen Bildern. Und wieder etwas anderes gilt für die Insertionskampagne. Hier haben wir also von Medium zu Medium zu überlegen, was ist für uns alle das günstigste und das erfolgreichste.

Lassen Sie mich nun als sechstes Ihnen ein paar Beispiele vorführen für die Werbelinie, wie wir sie bisher erarbeitet haben. Aber lassen Sie mich zunächst wenige Vorbemerkungen dazu machen: Erstens ist das, was Sie jetzt sehen werden an einigen Beispielen, nicht etwa das, was wir seit drei Monaten verfolgt haben, sondern es ist das Ergebnis einer Ausscheidung aus mehreren bis hin zu dutzenden von verschiedenen Vorschlägen der allerverschiedensten Art und der verschiedensten Herkunft aus Werbestudios, aus Agenturen usw. Die Linie, die wir Ihnen empfehlen, zeichnet sich aus durch einen Verzicht auf Arabesken, durch einen Verzicht auf Bildchen und auf Idylle, durch einen Verzicht auf jede Verfremdung durch eine klare, auch in der Werbung politische Aussage. Im Wahlkampf in Baden-Württemberg, der in einer ähnlichen Richtung verlief, gab es einen systemfremden Versuch, nämlich Filbinger, die Kandidaten, die Slogans aufzulockern, ein bißchen zu verschönen durch eine strahlende Familie. Die nachfassende Untersuchung dieses Wahlkampfes hat ergeben, daß gerade dieses Plakat ohne jede Wirkung geblieben ist, daß es völlig durchgefallen ist. Und dieses gilt nach unserer Überzeugung von allen Kinderaugen, von allen jungen Bräuten, von allen jungen Paaren, von allen alten Mütterchen – wir werden dadurch nicht glaubwürdiger. Dies gilt für die Werbelinie, dies gilt aber auch etwa für die Gestaltung von Fernseh- und Rundfunksendungen. Wir haben uns in früheren Wahlkämpfen – und ich sage das ja alles gar nicht gegen die, die das in früheren Jahren gemacht haben,

denn ich war ja selber mit beteiligt, aber man lernt eben von Jahr zu Jahr aus diesen Dingen – wir haben uns in früheren Jahren in der Regel von der Überlegung leiten lassen, daß Fernsehsendungen in Wahlkämpfen unbeliebt sind, daß wir ins Wohnzimmer kommen und dort auf Abwehr gegen Wahlkampf stoßen und daß man diese Abwehrhaltung überspielen müsse, indem man es den Leuten möglichst gefällig präsentiert. Unsere Überlegungen und das Ergebnis unserer Gespräche mit Fachleuten, die noch mehr als wir davon verstehen und die entsprechenden Untersuchungen studiert haben, ist die, daß gerade dieses die Abwehr gegen diese Politik in den Wohnzimmern noch erhöht hat, weil sie nämlich dargestellt werden sollte als der Versuch, den Mann zu übertölpeln oder die Frau oder die Familien zu betrügen. Es geht hier um einen Wahlkampf, das wissen die Menschen. Diese Sendungen schließen sich an die „Tageschau“ und an „Heute“ um 20.15 Uhr an, und deswegen sind wir der Meinung, hier muß eine klare, unverdeckte, unverstellte politische Aussage herein, nicht durch irgendwelche angelernten Schauspieler, sondern durch diejenigen, die es zu tragen haben, nämlich Rainer Barzel und seine Mannschaft. Wie man das in der Regie präsentiert, das bleibt noch zu überlegen. Aber dieses wird jedenfalls das Kernstück der Sache sein und das ist ja auch nur eine Folge der strategischen Grundüberlegungen, die ich Ihnen vorgetragen habe, als das Bekenntnis zu einem politischen, zu einem sachlichen, zu einem argumentierenden Wahlkampf.

Die zweite Vorbemerkung, die ich zu machen habe, die betrifft den gegenwärtigen Stand unserer Überlegungen und das, was wir Ihnen heute zeigen können. Ich habe das schon am Wochenende in der Sitzung unseres Wahlkampfremiums erlebt und es ist eine ganz neue Erfahrung, es ist in einem größeren Kreis außerordentlich schwierig, klarzumachen, worum es in diesem Augenblick geht, und worum nicht. Ich gehe noch sehr viel weiter als unsere Mitarbeiter in den Werbeagenturen in der Endgültigkeit des Vorgestellten, und ich habe den Mut, Ihnen zu sagen, daß heute, mehr als 3 ½ Monate vor dem Wahltag, wahrscheinlich keine der Anzeigen, die Sie gleich in dem Entwurf sehen werden, so laufen wird, wie sie jetzt hier formuliert ist. Mit anderen Worten: Es geht überhaupt nicht um Formulierungen, es geht überhaupt nicht um Worte, es geht nicht einmal – wie ich Ihnen gleich zeigen werde – um den Slogan. Es wird nämlich niemand verantwortlich diesen Slogan festlegen wollen, bevor nicht eine entsprechende Testuntersuchung vorliegt. Sondern es geht um eine Werbelinie, bei der Bilder und Texte, wenn Sie diese Werbelinie so billigen, wie es das Wahlkampfremium am Wochenende getan hat, nun in die Feinpolitur kommen, jetzt also nur stellvertretend für irgend etwas viel Besseres stehen und wo wir aber den Rahmen brauchen, um das im einzelnen durchzuarbeiten.

Zunächst der Einsatz der Medien: Wir haben hier die verschiedenen Medienmöglichkeiten bei Tageszeitungen, Zeitschriften, Plakatierungen in den einzelnen Bereichen Filmtheater, Fernsehen, Funk und hierunter besondere Maßnahmen in ausgewählten, d. h. besonders umstrittenen oder besonders gewinnträchtigen Wahlkreisen mit hoher Fluktuation. Ich gehe davon aus, daß wir eher im Rahmen der Kampagnen, die wir bisher schon durchgeführt haben mit einer Anzeige Anfang Juli, als im Rahmen des endgültigen Wahlkampfes mit einem ersten Werbeeinsatz beginnen, sobald der

Bundestag endgültig aufgelöst ist, denn ich glaube, es ist wichtig, in einer Grundaussage hier ganz deutlich ins Bewußtsein zu bringen: Diese Regierung ist gescheitert, sie muß den Bundestag vor seiner Zeit auflösen, was keine Regierung vorher tun mußte.

Die zweite Phase wird während unseres Parteitages laufen, in der Woche vom 8. bis 14. Oktober. Es scheint uns entscheidend wichtig zu sein, diesen Parteitag zu benutzen, um die Begriffe „Barzel“, „Mannschaft“, „CDU“ und „Programm“ in dieser vierfachen Assoziation ins Bewußtsein der Öffentlichkeit zu bringen durch eine erste Dekade in der Plakatierung und durch eine erste Anzeige in den Tageszeitungen.

Wir beginnen dann mit der kontinuierlichen Werbekampagne in den Tageszeitungen vom 15. Oktober bis zum 3. Dezember, als hier angenommenem Wahltermin. Und wir unterstützen das in den letzten zwei Dekaden, d. h. in den letzten drei Wochen praktisch durch eine komplette Belegung der von uns erreichbaren Plakatierungsflächen im normalen Anschlag, in Ganzstellen, in Sonderstellen. Das wird in der letzten Phase unterstrichen, ab 15. Oktober durch neun – für CDU/CSU 14 – 2½-Minuten-Spots im Fernsehen, durch eine wahrscheinlich große, bisher noch nicht ganz feststehende Zahl von Rundfunksendungen und durch einen Einsatz in einer Reihe von ausgewählten Kinotheatern. Dies ist nach dem Rat unserer Werbeagenturen eine besondere Möglichkeit, mit einem noch in gar keiner Weise fertigen und vorliegenden Trickfilm in einer sehr aufgelockerten Form an die Jungwähler heranzukommen. Ich glaube, ich kann darauf verzichten, Ihnen im einzelnen auseinanderzusetzen, wieviele Einschaltungen das sind. Wenn Sie dazu Fragen haben, werden die Mitarbeiter darauf sicher gerne detaillierte Antworten geben.

In der Plakatierung schließen wir an an eine Werbelinie, die Sie andeutungsweise seit dem Mai auch in unserer gesamten übrigen Öffentlichkeit gesehen haben. Die Farben sind, wie Sie das nicht erst im Wahlkampf sehen werden, sondern aus früheren Wahlkämpfen kennen, eine Signalfarbe in rot für das Signet und daneben weiß und schwarz. Das ist für die CDU eingeführt, darauf sollte man nicht ohne Not verzichten, und es hat außerdem die größte plakative Wirkung, wie wir glauben. Dieses ist der Versuch – ich erinnere an meine Vorbemerkung – diese Identifikation „Barzel“, „Mannschaft“, „Programm“ und „CDU“ in der Dekade um den Parteitag herum darzustellen, hier am Beispiel einer Ganzstelle, d. h. an Anschlagstellen, wo wir die gesamte Säule für einen Auftraggeber belegen können. Selbstverständlich können wir nicht in Wiesbaden diskutieren, wenn der ganze Text schon draußen hängt. Die Werbeleute würden sich das wünschen, aber das ist politisch nicht möglich. Kernsätze, die vorher feststehen für diese Programmaussage der CDU, müssen hier ins Bild der Öffentlichkeit kommen. Dieses ist für den eigentlichen Wahlkampf, d. h. für die letzten beiden Dekaden, der Versuch, die Mannschaftsplakatierung mit einer regional unterschiedlichen Aufschlüsselung darzustellen. Dieses wäre also etwa im Bereich von Rheinland-Pfalz Rainer Barzel mit Helmut Kohl und mit Richard von Weizsäcker, in der Form hier wiederum einer Ganzstelle. Das gleiche läßt sich machen im allgemeinen Anschlag und auf Sonderstellen. Darüberhinaus werden wir natürlich ähnlich wie hier Porträtplakate und ähnlich wie hier reine Sloganplakate in diesem Stil nehmen

und die Kandidaten in den einzelnen Wahlkreisen ebenso wie die Rednerankündigungsplakate demnächst mit ihrem Stil hier anschließen.

Ein weiterer Entwurf, nur um Ihnen wiederum die thematische Linie zu zeigen, die Sonderstellengestaltung, die 18-Bogen-Plakate, das sind also diese großflächigen, hier als ein Entwurf mit dem Spitzenkandidaten und einem Slogan. Hier für zwei solche Großflächen nebeneinander, das ist ein Teil der Belegungswirklichkeit. Auf diesem Gebiet, also hier im 18-Bogen-Plakat, sind wir bei der experimentellen Vorbereitung eines Mannschaftsplakates. Ich kann nur wiederholen, ob es uns gelingt, überhaupt einen vernünftigen Entwurf dafür zu bekommen, bleibt abzuwarten, das läßt sich heute noch nicht sagen. Er wird gänzlich natürlich in der Linie liegen.

Damit komme ich zu dem zweiten wichtigen Bereich, nämlich der Insertion. In der Insertion in den Tageszeitungen geht es im wesentlichen um drei Phasen, die nach den ursprünglichen Vorschlägen einer Reihe von Fachleuten aufeinander folgen sollten, die nicht zuletzt nach den Ergebnissen der Diskussion am vergangenen Wochenende aber ineinander verschränkt sein müssen. Das erste ist die Abrechnungsphase, also die Auseinandersetzung mit dem politischen Gegner, das zweite ist die Selbstdarstellung durch das Programm der CDU und das dritte ist die Mobilisierungsphase, d.h. die konzertierte Wirkung in den letzten Tagen vor der Wahl. Diese Mobilisierungsphase ist natürlich immer beschränkt auf die letzten drei oder vier Tage, während wir der Meinung sind, daß sich Abrechnung und Selbstdarstellung überhaupt nicht trennen lassen. Das muß eher in der Form erscheinen, daß bei zwei Anzeigen in einer Woche man sich eben am Dienstag mit einem Kernpunkt der Versagens der anderen und am Donnerstag mit einem eigenen Programmbeitrag zu beschäftigen hat, wobei ich darauf hinweise, daß das nur den Schwerpunkt der Aussage bestimmt, etwa die Headline, daß aber natürlich auch in der Abrechnung mit dem Gegner deutlich werden muß, was ist denn unser, der Unionsparteien, Gegenprogramm, um aus diesem Dilemma herauszukommen.

Für die Abrechnung mit dem Gegner überlegen wir, ob wir nicht eine große Chance haben, die Hauptangriffe auf den Gegner – Sie wissen, daß Polemik wahrlich im Kreise der für uns zu erreichenden Wähler, gerade auch der Wechselwähler, nicht nur beliebt ist –, wir überlegen also, ob wir nicht die schärfste Polemik gar nicht so sehr als CDU/CSU sagen sollen, sondern sie dem Gegner selber in den Mund legen sollen, also Äußerungen von Herrn Möller oder Herrn Schiller über die Finanzlage, über die Inflation, Äußerungen der Sozialdemokraten über die Jusos. Wir zitieren und wir knüpfen dann unsere eigenen Kommentare daran an. Geben wir – wiederum unter dem eingangs dargestellten Vorbehalt der Nicht-Endgültigkeit der Texte – nur als Richtungsanweisung Ex-Finanzminister Alex Möller: „Ich wollte nicht der Finanzminister des Bankrotts werden.“ 1969 verspricht die SPD den Wählern eine Koalition der Reformen, doch schon ein Jahr später steht Finanzminister Möller vor leeren Staatskassen und sieht keine Möglichkeit, ein Reformprogramm zu finanzieren. Milliarden Schulden machen will er nicht, deshalb tritt er zurück: „Ich wollte nicht der Finanzminister des Bankrotts werden.“

Es folgt eine Agenturempfehlung, die wir uns nicht zu eigen machen werden, näm-

lich als mittlere Headline: „Drei Jahre Experimente sind genug!“ Wir haben darüber lange diskutiert, wir sind der Meinung, daß dieser Begriff von uns nicht negativ eingesetzt werden sollte, sondern „Schaffen Sie stabile Verhältnisse mit Ihrer Stimme für die CDU!“ Und hier – wie schon bei unserer letzten Anzeige im Juli – ein Coupon, der es dem Leser ermöglichen soll, sich für das Programm Rainer Barzels und seiner Mannschaft zu interessieren, dieses Programm anzufordern oder auch sonst in irgendeiner Form aktiv zu werden. Sie kennen diesen Coupon aus den Juli-Mitgliedschaften der CDU.

Nächstes Beispiel: „Heute wollen die Jusos die SPD kontrollieren und morgen Sie.“ In der Wahlbroschüre „Kandidatenaufstellung als Chance innerparteilicher Veränderung und Mobilisierung“ legen die Jusos die Karten auf den Tisch. Ihr Ziel: Mehr Macht in der SPD. Der einzelne Abgeordnete soll zum gehorsamen Befehlsempfänger der Parteimaschine werden. Und was die Jusos heute von den Abgeordneten verlangen, verlangen Sie morgen von Ihnen.

Drittes Beispiel, hier nun mit einer eigenen Aussage: „Nach drei Jahren SPD hat der deutsche Sparer 30 Milliarden Mark verloren, schaffen Sie wieder stabile Verhältnisse mit Ihrer Stimme für die CDU.“ – „Wer die SPD wählt, wählt die Inflation“, mit einem begründenden Text, was ist drei Jahre lang geschehen und wie ginge das weiter, wenn man den Leuten noch drei weitere Jahre für ihre verfahrenre Politik zur Verfügung stellt.

Und letztes Beispiel: Bundesbankpräsident Klasen (SPD): „Inflation ist Made in Germany“. Das ist der Schluß des Märchens von der importierten Inflation, vom bösen Dollar und den anderen Währungsvagabunden. Unsere Inflation ist deutsche Markenware, hergestellt von der SPD. Heute haben wir die schlimmste Geldentwertung seit 21 Jahren. Es folgen einige Beispiele für besonders drastische Preissteigerungen. „Schaffen sie stabile Verhältnisse ...“

Dieses sind also, fünf Beispiele – Beispiele, wenn ich das immer wieder sagen darf – für Kampfanzeigen gegen die SPD. Und in ähnlicher Weise beispielhaft die gegenläufige Kampagne, die gemischt werden soll nach unseren Überlegungen etwa im Verhältnis 7:3, sieben Teile Positivwerbung für die CDU, drei Teile andere. Daß das jetzt hier im Verhältnis 5:5 präsentiert wird, ergibt sich aus der für Sie hoffentlich verständlichen Situation unserer Mitarbeiter und Agenturen, Programmanzeigen zu texten, bevor wir Politiker ihnen dieses Programm auch konkret auf den Tisch legen. Erstens, die CDU hat die konkreten Lösungen: „Wer mitarbeitet, soll auch mitbeteiligt werden.“ Jeder Arbeitnehmer soll in Zukunft am Vermögen beteiligt werden durch einen Beteiligungslohn usw. „Fortschritt braucht Stabilität – CDU!“

Zweitens, die CDU hat die konkreten Lösungen, die sechs, sieben, acht, zehn Gebote der Stabilität mit einem ganz provisorischen, noch völlig unzulänglichen Text. Hier müssen konkrete Maßnahmen hinein, was wollen wir tun, was will die CDU tun, um die Stabilität wiederzugewinnen.

Drittens, hier ein Begriff, von dem wir alle der Meinung waren, daß er völlig unmöglich von der Sache her ist: „Die CDU hat die konkrete Lösung – Die Rente mit Inflationsschutz!“ Dies ist also der Rentenplan. Nur lassen Sie mich an diesem verfehl-

ten Beispiel klarmachen, es geht darum, einzelnen Plänen mit einem eingängigen, mit einem populären, mit einem nicht zu wissenschaftlichen Stichwort eine größere Popularität zu geben und sie dann im einzelnen hier argumentativ darzustellen.

Viertens, die CDU hat die konkreten Lösungen: „Vorsorge statt Fürsorge.“ Und schließlich als letztes, die CDU hat die konkrete Lösung: „Wir fördern den, der sich fördern läßt.“ Beispiele etwa aus der Diskussion vom Wochenende: „Wir fördern jeden, der etwas leisten will.“ Also auch nur wieder ein Probetext für den Bereich der Bildungspolitik.

Und nun nach diesen zehn Beispielen für die beiden ersten Phasen der Schluß. Wiederum, Herr Professor Erhard hat das heute morgen im Präsidium schon skizziert als einen nicht durchführbaren Einfall unserer Agenturen, das war übereinstimmende Meinung am Wochenende: „Rainer Barzel: Wir stellen die Stabilitäts-Mannschaft“. Hier geht es darum, diese Mannschaft in irgendeiner Form mit einem Attribut zu versehen. Dies geht sicher nicht. (*Starke Unruhe.*)

Nächstes Beispiel, zwei Tage vor der Wahl: „Wählen Sie – es steht zu viel auf dem Spiel, um zu Hause zu bleiben“ (mit einem Stimmzettel). Und schließlich das letzte Beispiel: Ein Brief des Vorsitzenden an die Wähler mit seiner persönlichen Unterschrift und einem letzten Hinweis auf die Bedeutung der Wahl. In diesem Rahmen sind nicht berücksichtigt die Illustrierten. Es gibt eine Auseinandersetzung innerhalb unseres Wahlgremiums aus zwei Gründen. Erstens haben unsere Mitarbeiter in ihrem Eifer den Etatrahmen unseres Schatzmeisters um 10 % überschritten, und sie müssen also jetzt wieder heruntergeholt werden auf die 30-Mio.-Grenze für reine Werbekosten. Zweitens, die Illustrierten haben eine Einschaltfrist, insbesondere bei Farbanzeigen, von bis zu acht Wochen. Wir müßten also im Grunde bei Beginn des Wahlkampfes festlegen, was wir Ende November schalten wollen, und dieses zwingt uns, sehr allgemein gehaltene Texte zu schreiben. Wir wissen da nicht recht, ob das möglich ist. Es gibt zwei verschiedene Versuche: Hier eine doppelseitige Anzeige, die sich an den Stil einer Illustrierten mit Bildern und Text anfügt und den eigentlichen Werbeteil auf diesen unteren Teil beschränkt. Und das zweite als eine ganz repräsentative Anzeige, doppelseitig, das Bild Rainer Barzels mit dem Aufruf an die Wähler. (*Starke Unruhe und Diskussion.*)

Lassen Sie mich nur hier aus dieser Anzeige noch einen Teil Ihnen vorlesen. Der Grund für diese Kampagne ist – es ist das erste Mal, daß wir überhaupt so etwas tun, das hat es bisher nie gegeben –, daß wir glauben, daß wir dieses Mal eine ganz große Chance haben, durch die Werbung unsere eigenen Anhänger und Wähler zu aktivieren und zu mobilisieren. Es gibt eben die Überlegung, keine Anzeige ohne einen solchen Coupon laufen zu lassen. Und dafür gibt es hier ein Beispiel mit einem eingedruckten Kasten folgenden Wortlauts, wieder nur als Entwurf: „Verdoppeln Sie Ihre Wahlstimme! Noch nie war eine Wahl so wichtig, deshalb genügt Ihre Stimme nicht, gewinnen Sie noch weitere Stimmen für die CDU! Heute ist es einfacher als je zuvor, weil immer mehr Menschen erkennen, wohin die SPD-Politik führt. Sie können helfen: 1. Mit Nachbarn, Freunden und Arbeitskollegen darüber diskutieren, was die SPD versprochen hatte und was daraus wurde. Tatsachen dazu können Sie bei uns

anfordern. 2. Erkundigen Sie sich nach dem Kandidaten ihres Wahlkreises, fragen Sie ihn, wie Sie ihm helfen können. 3. Informieren Sie Ihre Umgebung über die Sachprogramme der CDU, wir schicken sie Ihnen ... usw.“ Dies scheint mir ein wichtiger Zusatz, auf den wir in bisherigen Wahlkämpfen immer verzichtet haben. Aber schon die ersten Erfahrungen im Juli zeigen, welche ganz große Chance wir hier haben. Sie erinnern sich an die Anzeige, die wir kurzfristig beim Rücktritt von Herrn Schiller Anfang Juli auch mit einem solchen Coupon geschaltet haben. Der Rücklauf dieses Coupons – was in der Werbung in der Regel als die mildeste Form der Ansprache gilt, weil hier eine ungeheure Aktivität gefordert wird, man muß das Ding ausschneiden, man muß es ausfüllen, man muß es in einen Umschlag stecken und adressieren – der Rücklauf dieses Coupons: 60.000 DM an Spendeneingängen und zwar fünf Spenden, glaube ich, über 1.000 DM, alles übrige eine Summierung von mehreren hundert Kleinspenden und zweitens über 1.000 Bereitschaftserklärungen, der CDU als Mitglied beizutreten. Wenn man das hört, dann ist das, wie ich meine, ein Anstoß dazu, sich sehr gründlich zu überlegen, was können wir auch im Wahlkampf auf diesem Gebiet tun.

Ich habe kurz berichtet über die allgemeine Linie im Fernsehen und im Rundfunk. Ich brauche das, glaube ich, nicht näher zu vertiefen. Lassen Sie mich noch eines sagen zu einem Bereich, der bei den Landtagswahlen eine große Rolle gespielt hat, nämlich zu verschiedenen Wählerinitiativen und Testimonials. Da unsere Anzeigenkampagne einfach quantitativ begrenzt ist, sind wir vorläufig nicht der Meinung, daß wir in diesem begrenzten Feld etwas verschenken sollten, wo nicht wir etwas sagen, sondern wo der Bürger X oder die Bürgerin Y etwas sagen, sei es nun als prominente oder sei es als weniger prominente Bürger oder Bürgerinnen. Aber wir glauben, daß erstens unsere Wahlkreise, bei den Anzeigen, die dort immer zusätzlich geschaltet werden sollen, in hohem Maße von diesen Bürgerinitiativen Gebrauch machen sollten. Wir glauben, daß unsere Landesverbände überlegen sollten, ob sie das abgestimmt mit der zentralen Planung zusätzlich machen wollen. Wir wollen mindestens vorsorglich für die Gesamtgestaltung des Wahlkampfes und für die Bundespartei jetzt – und die Bemühungen laufen – mindestens die personellen Möglichkeiten eruieren und zwar erstens unter der Fragestellung, welche Einzelpersonen aus den großen Bereichen von Sport, von Kunst, von Wissenschaft, von Universitäten sind denn bereit, etwas für uns zu tun und nicht nur anonym CDU zu wählen. Und zweitens gibt es ein paar Gruppen, die hier besonders wichtig scheinen und aussagekräftig, das sind etwa frühere FDP-Wähler, die über ihre Erfahrungen mit der FDP und deren jetzigen Kurs sich äußern oder es sind Leute, die 1969 SPD gewählt haben. Hier geht es also auch um die Möglichkeit gruppenspezifischer Testimonials.

Eine besondere Aufgabe stellt sich natürlich – wie in jedem Wahlkampf – in einzelnen wichtigen Bevölkerungsgruppen. Ich nenne etwa die Frauen, ich nenne die junge Generation, ich nenne den Mittelstand, ich nenne die Arbeitnehmerschaft. Wir werden mit den einzelnen Gruppen in unserer Partei in den nächsten Tagen, jeweils unter Zuziehung der Agenturen, besprechen, was wir in dieser Richtung gezielt zusätzlich machen können. Wir müssen nur im Auge behalten, daß wir auch für diese diversifizierte Ansprache nicht zu hohe Geldmittel binden dürfen, denn der eigentliche Sinn

der Kampagne muß der sein, daß wir Themen so herausstellen und so formulieren, daß sie alle diese Gruppen erreichen und ansprechen. Außerdem dürfen wir uns natürlich unter gar keinen Umständen in die Lage bringen, daß wir doppelzünftig werden, daß wir also etwa sagen, Stabilität ist ein ganz wichtiges Thema, aber junge Leute interessiert das ja nicht zu sehr. Denen gegenüber müssen wir so tun, als würden wir morgen die doppelte Zahl von Universitäten bauen, das kommt bei denen besonders gut an. Diese Kampagne muß austauschbar sein, ohne daß wir dabei am Ende die Blamierten sind oder auch nur irgend etwas von unserer Glaubwürdigkeit verlieren.

Die Slogans, die Sie da sehen, nämlich „Schaffen Sie wieder stabile Verhältnisse“ und „Fortschritt braucht Stabilität“, sind zwei Beispiele aus einer größeren Serie von Möglichkeiten. Der Vorsitzende hat vorhin einen Text vorgelesen. Sie mögen die Enge unserer Zusammenarbeit daraus ersehen, daß ein Text, den ich im Zusammenhang mit unserem Wahlkampf gremium gemacht habe und aus dem Sie Teile auch schon in der Sonntagspresse lesen konnten, in eine ganz ähnliche Richtung geht. Das ist also sozusagen das Gesamtfeld, das nachher verdichtet werden muß zu dem oder zu den Slogans, die wir brauchen: „Wir müssen wieder stabile Verhältnisse schaffen, der entschlossene Kampf gegen die Inflation und die Wiederherstellung geordneter Staatsfinanzen sind zwingende Voraussetzungen für alle Reformen, die unser Land braucht und um die uns die SPD entgegen ihren großspurigen Versprechungen betrogen hat. Die CDU/CSU hat ein klares Programm für eine neue Politik. Rainer Barzel und seine Mannschaft werden unser Land wieder in Ordnung bringen und dafür sorgen, daß es wieder gerecht zugeht in Deutschland.“ Dieses ist also das Grundfeld: Stabilität – Das Land wieder in Ordnung bringen – Die überzogenen Versprechen der SPD – Mehr Gerechtigkeit als Ziel einer neuen Politik –, was nun sozusagen eingedampft werden muß, um auf eine ganz kurze, knappe, allgemein verständliche Formulierung gebracht zu werden.

Siebter Punkt: Wir haben Ihnen vor der Tür noch einmal in Erinnerung gerufen, was die Bundesgeschäftsstelle in den letzten Monaten den Landes-, Kreis- und Ortsverbänden an werblicher Hilfestellung gegeben hat. Wir haben es zum erstenmal mit einer Neuwahl zu tun. Vielleicht kann ich Ihnen aus dem Vergleich mit früheren Wahlen sagen, daß wir diese Wahl werblich noch nie so intensiv und mit einer solchen Auflagenhöhe vorbereitet haben wie dieses Mal. Ich brauche Ihnen dafür nur eine Zahl zu nennen: Die Prospekte, die wir selber den Kreisverbänden angeboten und zur Verfügung gestellt haben und die dann von dort auf eigene Rechnung zusätzlich bei uns angefordert worden sind – das ist ja bekanntlich die sicherste Methode, um zu verhindern, daß das Zeug in den Geschäftsstellen liegen bleibt und vergammelt –, haben seit dem Mai eine Gesamtauflage von 8 Mio. erreicht. So was haben wir früher außerhalb eines Wahlkampfes in drei Jahren zusammen auf den Markt gebracht. Dieses Mal in drei Monaten, in die auch noch die Ferienzeit fällt. Die Bundesgeschäftsstelle ist dabei, mit Hochdruck das Rednermaterial vorzubereiten. Es ist Ihnen vor einiger Zeit die Langfassung eines Rednerdienstes zugegangen, der mit sehr gründlichem Material in einer, wie ich meine, übersichtlichen und handlichen Form sozusagen das Kompendium bietet. Da das Bedürfnis unserer Redner, sich zu informieren, ganz unterschied-

lich ist – der eine arbeitet lieber zuhause vor und macht sich Notizen, der andere möchte in der Versammlung etwas haben – werden wir unseren Rednern außerdem in dieser Form Argumentationskarten über die wichtigsten Bereiche zur Verfügung stellen. Da gibt es einmal die schärfsten Juso-Zitate, da gibt es einmal die Vermögenspolitik der CDU und auf der Rückseite die Vermögensblockade der SPD. Da gibt es die Wirtschaftspolitik der SPD und auf der anderen Seite den Stabilitätskurs der CDU, und da gibt es elf Beispiele gescheiterter SPD-Politik. In dieser Form wird diese Arbeit fortgesetzt. Außerdem arbeiten wir an einem Kandidatenpaket, mit dem allen Wahlkreiskandidaten nicht nur Versammlungsankündigungsplakate und Kandidatenplakate zur Verfügung gestellt werden, sondern auch das nötige Material für die Arbeit im Wahlkampf. Und außerdem laufen natürlich alle Vorbereitungen, die ein solcher Wahlkampf erfordert. Wir werden uns darüber mit den Landesgeschäftsführern am Mittwoch verständigen, insbesondere in den praktischen Fragen, die ich hier nicht im einzelnen aufzuführen brauche.

Meine Damen und Herren, es wird natürlich, wie sollte das auch anders sein, nicht nur – dies ist das traurige Kapitel, auf das Rainer Barzel schon hingewiesen hat – von politischen Gegnern, sondern gelegentlich auch in Informationsdiensten, die uns sehr viel näher stehen als den Sozialisten, Verwirrung gestiftet und der Eindruck erweckt, als würden wir hier in unseren Vorbereitungen auf den Wahlkampf nicht weit genug sein und als gäbe es hier Schwierigkeiten und Probleme. Wir haben ein Problem, das wir ganz klar sehen müssen. Wer die Äußerungen des Bundeskanzlers in letzter Zeit über das Thema Neuwahlen in ihrer ganzen Verschwommenheit gehört hat, zuletzt am letzten Freitag aus seinem Sonderzug¹⁹, der wird mir sicher zugeben und mich verstehen, daß ich mich bisher strikt geweigert habe und dies auch weiter tun werde, grünes Licht für irgendwelche Produktionskosten zu geben, bevor Herr Brandt sich nicht wirklich entschlossen hat, die Vertrauensfrage zu stellen.²⁰ Wir können es uns in unserer finanziellen Situation nicht leisten, daß wir Millionenbeträge festlegen und plötzlich aus irgendwelchen Entwicklungen heraus, die wir nicht kennen, diese Wahlen nicht am 3. Dezember stattfinden. Deswegen ist unser Ziel, daß wir bis zum 20. September mit der ganzen Kampagne schubladenfertig sind und dann auf ein Signal mit grünem Licht sofort in die vorbereitete Produktion gegangen wird. Ich kann Ihnen mit meinen Erfahrungen aus nunmehr, glaube ich, fünf oder sechs Bundestagswahlkämpfen versichern, daß unter diesen Gesichtspunkt und in dieser besonderen Situation unsere Vorbereitungen dank der Arbeit der Mitarbeiter der Bundesgeschäftsstelle, aber auch dank der Arbeit der von uns beauftragten Werbeagenturen, den besten Stand haben, den Sie zeitlich überhaupt haben können.

Aber wenn diese Arbeiten in den nächsten Wochen weitergehen sollen, brauchen

19 Vgl. „Die Welt“ vom 15. August 1972 „Brandt auf Reisen“; DUD Nr. 157 vom 18. August 1972.

20 Zum Antrag des Bundeskanzlers gemäß Art. 68 GG am 20. September 1972 im Deutschen Bundestag mit anschließender Aussprache Sten.Ber. 6. WP 197. Sitzung S. 11574–11577. Zur Fortsetzung der Aussprache und namentliche Abstimmung am 22. September 1972 Sten.Ber. 6. WP 199. Sitzung S. 11740–11817.

wir heute eine Grundentscheidung über die Werbelinie, eine Grundentscheidung über die Strategie in diesem Wahlkampf. Ich kann Ihnen sicher mit Zustimmung der Kollegen, die hier sitzen und am Wochenende an unseren Beratungen teilgenommen haben – Köppler, Kohl, Weizsäcker u. a. – sagen, daß das Wahlgremium Ihnen diese positive Entscheidung empfiehlt. Bitte geben Sie uns die Möglichkeit, mit dem Tempo weiterzuarbeiten, das wir brauchen, indem wir heute nach einer grundlegenden und wie am Wochenende womöglich kritischen Diskussion eine klare Linie schaffen, an der wir uns dann orientieren können. Herzlichen Dank! (*Beifall.*)

Barzel: Vielen Dank, Herr Kraske. Bevor ich das Wort gebe, nur ein Satz: Ich möchte noch einmal unterstreichen, dies gibt einen allgemeinen Eindruck einer Linie. Da ist kein Slogan, kein Bild, kein abgeschnittener Kopf oder gar nichts etwa endgültig.

Stoltenberg: Ich möchte mich eigentlich auf ein, zwei Punkte beschränken, weil ich in der Tat auch den Eindruck habe, daß diese Berichte – sowohl der Bericht des Vorsitzenden im politischen Teil wie der des Generalsekretärs jetzt für die Vorhaben der Kampagne – zeigen, daß gründliche Arbeit geleistet ist und hier für die Führung des Wahlkampfes Empfehlungen gegeben sind und Vorstellungen entwickelt wurden, denen ich im wesentlichen zustimmen kann. Ich möchte also eine einzige politische Frage jetzt ansprechen und dann noch eine Bemerkung machen zur programmatischen Vorbereitung, bei der wir noch eine intensive Arbeit in der Umsetzung unseres Programms zur Wahlplattform und zum Regierungsprogramm vor uns haben.

Die politische Bemerkung – und hier liegt vielleicht der einzige wesentliche Unterschied zu den Ausführungen von Herrn Kraske oder eine andere Beleuchtung eines wichtigen Problems – ist die Frage der Behandlung der FDP. Ich kann dem Satz nicht zustimmen, daß die Wahlaussichten der FDP damit stehen oder fallen, ob wir viel oder wenig von ihr reden. Das scheint mir eine gewisse Vereinfachung zu sein. Natürlich ist es richtig, und hier möchte ich noch mal ein Einvernehmen mit Konrad Kraske, seinem Bericht, darstellen, daß die große Alternative von uns den deutschen Wählern aufgewiesen werden muß, daß es um die Führung in diesem Land geht, um die Prägung der Politik durch die Union oder eine nach links sich orientierende SPD. Das ist das Hauptthema, und allem, was er dazu gesagt hat, stimme ich zu. Nur werden wir dem, wie ich glaube, für uns schwieriger gewordenen Problem der FDP nicht einfach dadurch entgehen können und es nicht dadurch lösen können, daß wir sie verschweigen. Denn schon die Wahlen in Baden-Württemberg – in einer ganz bestimmten Konstellation ja auch einmal eine Wahl in Hessen, da hat sie von Landtagswahl zu Landtagswahl sehr geschwankt, aber in Hessen ist es einmal sichtbar geworden und dann auch wieder in einem gewissen Umfang in Baden-Württemberg in der Schlußphase – haben klargemacht, daß die Zielgruppe, auf die es uns vor allem ankommt, die erstmals nicht zur Wahl gegangenen Wähler, die vorher bei uns waren oder auch die jüngeren Wähler, die z. T. von der SPD enttäuscht sind, sich weiterhin noch zwei Optionen offen halten: nämlich die Option des Hinüberwechsels, neu oder wieder Hinüberwechsels zur CDU/CSU, was manchen in dieser Gruppe klar ist, anderen wird es schwer, aus Gründen, die wir jetzt im einzelnen nicht darstellen können, die aber jeder in seinem Be-

kanntenkreis kennt. Denjenigen, denen es schwer fällt, der unentschiedenen Gruppe schwebt durchaus eine Option z. T. vor Augen, auch zur FDP zu gehen. Und die muß, glaube ich, sehr ernst gesehen werden, weil natürlich die FDP dann zwar für die Leute subjektiv ein Ablösen von der SPD bedeutet, aber im politischen Ergebnis doch wieder die Zementierung, die Verstärkung der Basis einer sozialdemokratisch geführten neuen Majorität.

Diesen Sachzusammenhang und diese Rolle der FDP klarzumachen, muß nach meiner Auffassung ein sogar zentrales, wenn auch sekundäres gegenüber der Auseinandersetzung mit der SPD unserer aktiven Wahlkampfauflage sein. Wir können darauf nicht verzichten, vor allem deswegen nicht, weil wir eine FDP haben, die zwar eine ganz schmale Spitzenbasis hat, bereits mit ihrer Zweitführungsgarnitur durch Figuren wie Herrn Moersch²¹, Herrn Dorn²² und ähnliche Leute bestimmt wird, deren Beiträge zur deutschen Politik wir alle kennen, die aber mit ihren drei Bundesministern Scheel, Genscher und Ertl ohne Zweifel gerade bei dem Verblässen der sozialdemokratischen Führungsgarnitur in der öffentlichen Meinung, was immer wir von den Personen und der öffentlichen Meinung hier halten, relativ gut dastehen. Und da dies wahlentscheidend sein kann – ob die FDP bei 6 % ankommt oder bei 8 oder 8,5, und in diesem Spektrum wird sich ihre Möglichkeit heute bewegen für die Bildung einer neuen Mehrheit, selbst dann, wenn die SPD ein Stück zurückgeht, was wir ja alle im Augenblick erwarten –, glaube ich, daß wir in der Anlage unserer politischen Wahlkampfauflage, in einem gewissen Umfang auch der werblichen Form, dies in die weiteren Überlegungen mit aufnehmen müssen. Das bedeutet nicht, daß wir permanent von der FDP reden. Das bedeutet auch nicht, daß wir jede Anzeige auf die FDP mit abstellen. Aber es bedeutet, daß wir bis zur eigentlichen Eröffnung des Wahlkampfes in den nächsten vier Wochen noch einmal intensiv darüber nachdenken müssen, wie wir unsere Aussagen zur FDP, damit sie überall gleich sind – das ist nämlich auch sehr wichtig – einmal auf zwei, drei Seiten für den internen Gebrauch bei uns zunächst formulieren. Ein solches Papier brauchen wir zunächst einmal für die Union in dem internen Verteiler, das wir aber auch in der öffentlichen Ansprache der wesentlichen programmatischen Reden beachten bis in die werbliche Aussage in punktuellen Anzeigen, die dieses Thema mitbehandeln.

Wir haben z. T. Erfahrungen auch in den Landtagswahlen gesammelt. Die sind nicht übertragbar, aber eine bestimmte Form der Behandlung der FDP hat ja doch im einen oder anderen Land unter besonderen Konstellationen – die waren bei uns günstiger als z. B. in Hessen, das kann man nicht vergleichen – dazu geführt, daß wir die Rolle der FDP als einer Hilfsorganisation, einer bedingungslosen Hilfsorganisation der SPD markiert haben zu einer Zeit, in der die FDP sich ohne Zweifel bemühen wird – durch

21 Karl Moersch (geb. 1926), Journalist; 1947 Mitgründer der DVP, 1961 Leiter der FDP-Präsidentenstelle Bonn, 1964–1976 MdB, 1970–1974 Parlamentarischer Staatssekretär beim Bundesminister des Auswärtigen, 1971–1974 Landesvorsitzender der FDP/DVP Baden-Württemberg, 1974–1976 Staatsminister im Auswärtigen Amt.

22 Wolfram Dorn (geb. 1934), Kaufmann; 1961–1972 MdB (FDP), 1969–1972 Parlamentarischer Staatssekretär beim Bundesminister des Innern. Vgl. PROTOKOLLE 5 S. 651 Anm. 86.

die Krise der SPD ermutigt –, sich jetzt verbal und programmatisch in einem gewissen Umfang abzusetzen. Dies scheint mir ein wichtiges politisches Thema zu sein. Ich habe es deshalb hier etwas ausführlicher behandelt, weil es wirklich der einzige Punkt ist, der wesentliche Punkt, in dem ich glaube, daß hierüber noch einmal neu nachgedacht werden muß und daß wir für die politische Aussage, aber auch für die Werbegestaltung, hier noch eine Lösung zu finden haben.

Eine zweite, kurze Bemerkung, ich möchte hier die Ausführungen des Vorsitzenden unterstützen und sagen, auch weil unser Freund Tandler hier ist, daß es nach meiner Auffassung sehr wünschenswert und wichtig ist, daß wir in der Form der programmatischen Aussage, in der Wahlplattform und dem Regierungsprogramm, das wir ja nach dem Terminkalender der CDU Mitte Oktober auf dem Parteitag verabschieden werden, wenn möglich bis in die Texte hinein, zumindest aber bis in die Sache hinein – das müßten die weiteren Gespräche ergeben –, daß wir in wesentlichen Fragen zu einer Übereinstimmung zwischen CDU und CSU kommen können, wenn es möglich ist auch in der Präsentation. Das schließt ja eigene Aussagen dann nicht aus, die nicht im Gegensatz dazu stehen. Ich würde darin einen Vorzug für die Anlage unseres Wahlkampfes in der Bundesrepublik erblicken.

Barzel: Vielen Dank! Ich glaube, zu dem wichtigen Punkt FDP wird aus dem Handgelenk nichts zu sagen sein. Ich hatte mir notiert für meinen Kalender, heiße Eisen. Das ist wirklich sehr schwierig. Ich würde gerne Diskussionsbeiträge dazu hören, aber beschlußfähig scheint mir das noch nicht.

Adorno: Nur ganz kurz noch zur Ergänzung. Wir haben in Baden-Württemberg festgestellt, daß ein Zuzug zur FDP in den letzten vier Wochen des Wahlkampfes wahrzunehmen war und daß sie doch wesentlich höhere Prozente erzielt hat, als wir das hofften. Und ich erinnere daran, daß Herr Professor Eschenburg wie auch der frühere Präsident der Arbeitgeberverbände, Dr. Paulssen, sich in den letzten vier Wochen sehr eindeutig für die FDP ausgesprochen haben. Bei Paulssen war es lange Zeit unsicher. Paulssen hat an Gesprächen mit der CDU teilgenommen, und wir hatten die Hoffnung, daß er sich für eine CDU-Wählerinitiative entscheiden würde. Das ist genau das gleiche, was Herr Stoltenberg angeführt hat, sie haben sich zwei Optionen offen gehalten. Paulssen hat sich dann letzten Endes doch für die FDP entschieden. Und das hat zusammen mit Eschenburg natürlich schon ein Gewicht gehabt, einen neuen Akzent gesetzt. Sicher ist darauf auch zurückzuführen, daß die FDP besser abgeschnitten hat, als wir das in diesem Lande erwartet haben.

Von Weizsäcker: Ich möchte auch noch zu dem Thema FDP, ganz besonders was Herr Adorno gesagt hat, etwas sagen, gerade bei Leuten wie Paulssen und anderen, die überraschenderweise sich nun plötzlich öffentlich für die FDP eingesetzt haben, ich könnte mir noch näherstehende Personen auch nennen in diesem Zusammenhang. Herr Stoltenberg, meiner Meinung nach ist die Lage doch verhältnismäßig einfach. Die SPD ist in einem Zustand, in einem sehr viel schlechteren, als für eine führende Regierungspartei vor einem Wahlkampf denkbar ist. Das läuft aber doch nicht im entsprechenden Maß kommunizierender Röhren zugunsten der CDU/CSU. Noch nicht. Aus anderen Gründen empfinden manche Wechselwähler, daß beide großen Parteien

aus je unterschiedlichen Gründen etwas gegen sich haben. Und aus diesen, nicht im Bereich der FDP, sondern mehr im negativen Bereich der beiden großen Parteien liegenden Gründen, hat die FDP zum ersten Mal seit langer Zeit vor einer Wahl im Moment überhaupt keine eigene Existenznot. Natürlich ist der Sache nach zu sagen, wer sich mit dem Sozialismus auseinandersetzen will und eine Alternative dazu will, dem bleibt angesichts der Festlegung der FDP gar nichts anderes übrig, als die Union zu wählen. Trotzdem, wenn man Paulssen und anderen beikommen will und über sie an eine sehr viel größere Anzahl von unentschiedenen Wählern, dann liegt für mein Gefühl das ganze Schwergewicht unserer Bemühungen darin, die personelle und sachliche Glaubwürdigkeit in der Auseinandersetzung mit dem Sozialismus darzutun. Im Wahlkampf kann man sich nicht so sehr *expressis verbis* mit der FDP auseinandersetzen. Also das Problem, von dem Sie sprechen, sehe ich genauso. Ich versuche nur einen Diskussionsbeitrag zu den hörbaren und sichtbaren, öffentlich hörbaren und sichtbaren Konsequenzen im Wahlkampf selbst zu liefern. Ein Übergehen der FDP ist nicht als solches unsere Aufgabe. Aber unsere Aufgabe ist die eigene Glaubwürdigkeit in der Auseinandersetzung mit dem Sozialismus. Je mehr die da ist, desto mehr entfällt für Leute wie Paulssen und andere der Grund, gewissermaßen *faute de mieux* sich für die FDP zu bekennen, obwohl sie von Hause aus gar keine Gründe für die FDP haben. Das wollte ich von hier aus nur beitragen.

Dregger: Zur FDP: Wir wollen uns ja an die kritischen Zielgruppen wenden. Ich glaube, für diese kritischen Zielgruppen ist die Alternative FDP diskutabel. Ich meine daher, daß wir uns argumentativ mit ihr auseinandersetzen müssen. Ich teile die Ansicht von Herrn Stoltenberg. Die FDP ist ja beglückt darüber, daß die SPD nach links wegrutscht. Sie glaubt eben auf diese Weise, Wähler zu erhalten, die eben nicht mehr SPD wählen wollen. Um so wichtiger ist es, daß wir klar machen, daß diese FDP es dieser SPD ermöglicht, wiederum zu regieren, wenn sie FDP wählen. Sie hat 1969 erklärt: „Wir müssen einmal einen Machtwechsel haben!“ und hat votiert für die Godesberger SPD. Daß sie heute für diese SPD votiert, muß argumentativ klargemacht werden.

Zu dem Konzept von Herrn Kraske einige Einzelbemerkungen: Auf die Illustrierenwerbung sollten wir auf keinen Fall verzichten. Soweit es um Geld geht, glaube ich, gibt es Verlage, die bereit wären, über den Preis mit sich reden zu lassen. Dann eine zweite Anmerkung: Auseinandersetzung mit der SPD in Anzeigen. Ich bin für sehr scharfe Formulierungen, die eingängig sind. Zum Beispiel: „Schluß mit der Inflation! Schluß mit der SPD-Herrschaft!“ Oder: „Schluß mit der roten Unterwanderung!“ Ich würde nicht „sozialistisch“ sagen, sondern „rot und unterwanderungsgefährdet“. Ich glaube, daß wir ganz einfach und ganz klar auch an Angstgefühle appellieren müssen.

Und meine dritte Bemerkung: Unser positiver Aspekt, den wir herausstellen wollen, Gerechtigkeit, das müssen wir sehr überlegen. Das ist ein sehr hohes Ziel, das wir auf dieser Welt nirgendwo verwirklichen können, auch in der Zeit nicht, in der wir die Verantwortung getragen haben. Das ist ein Begriff, der Fragen herausfordert. In kritischen Diskussionen. „War das denn gerecht, was Ihr in den 20 Jahren Regierung jemals getan habt?“ Das sind Fragen, die ich nur schwer beantworten kann. Ich stimme Ihnen

aber völlig zu, daß wir einen positiven Aspekt brauchen, der auch das Soziale anspricht.

Langguth: Zunächst muß doch eines deutlich gesagt werden, daß es nicht nur darauf ankommt, daß sich einzelne in einer Mannschaft präsentieren. Es muß auch rechtzeitig vor der Wahl gesagt werden, welcher der CDU-Leute welches Ministerium eringt. Ich glaube, diese Frage ist dringend geboten. (*Barzel:* Darf ich einen Einspruch machen, weil das nun wirklich eine der wirklichen Fragen ist, komplett oder intern?) Ich würde sagen auch nach außen hin. (*Unruhe. – Kraske:* Die Frage war anders. – *Zwischenruf:* Ein komplettes Kabinett oder?) Tatsache ist zumindest, daß ich von vielen Leuten angesprochen werde, die mir sagen, in bestimmten Gebieten weiß ich nicht, wer von der CDU dafür zuständig ist. Das ist zunächst einmal das Faktum. Und dem muß in irgendeiner Weise abgeholfen werden. (*Unruhe.*) Zweitens zu dem Punkt „heiße Eisen“. Herr Dr. Barzel, Sie hatten einen ganzen Katalog angesprochen. Ich würde Sie dringend bitten, mitaufzunehmen auch das Problem des Wohnungsbaus. Und das sind nämlich die Sachen, auf die wir heute angesprochen werden.

Dritter Punkt: Sie haben vorhin in Ihrem politischen Bericht auf die Angelegenheit „Quick“ hingewiesen. Ich fand es sehr gut, daß von Ihrer Seite hier mit einer gewissen Bedächtigkeit argumentiert wurde. Ich glaube, es wäre aber auch dringend geboten, daß man gerade in diesem Punkt nicht mit Pauken und Trompeten daherkommt, wie es beispielsweise, Herr Tandler, von Ihrer Partei kommt.²³ Ich glaube, auch das kommt nicht unbedingt in der jungen Generation immer gut an. Das ist wenigstens der Eindruck, den ich habe.

Eine weitere Frage noch, Zielgruppen von den Generationen? Vielleicht könnten Sie, Herr Generalsekretär, da noch zwei, drei Anmerkungen machen. Gerade eben kam ja die Meinung, daß es durchaus gut und notwendig ist, daß die CDU auch auf Formeln wie „Gerechtigkeit“ kommt und auch nach Möglichkeit praktiziert. Und das ist ja gerade der Vorteil der Sozialisten und der SPD, daß sie ja immer wieder mit derartig plakativen Formeln kommen, daß sie Ideale verkaufen wollen und wir im Grunde hier reinen Pragmatismus angedichtet bekommen. Deswegen meine ich, wir müssen einen grundsätzlichen Wahlkampf führen, und deshalb auch die Frage, die sich dann im allerletzten daran anschließt, die Frage der Grundsatzkommission und die Weise, auf welche Schwerpunkte in der grundsätzliche Auseinandersetzung Wert gelegt wird.

Kraske: Herr Langguth, darf ich Sie bitten, da es ja nicht um die Junge Union, sondern um die junge Generation geht, daß Sie sich beteiligen an diesem Gespräch, das wir mit der Jungen Union, mit Herrn Echternach und mit den Werbeagenturen und mit unseren Mitarbeitern führen, denn da muß über diese Fragen gesprochen werden.

Müller-Hermann: In das Kapitel „heiße Eisen“ gehört, wie Herr Langguth eben sagte, unbedingt auch die Fortentwicklung des Wohnrechts, ein sehr schwieriges The-

23 „Bayernkurier“ vom 19. August 1972 „Staat als Mittel der Parteiherrschaft“, „Todsünden einer Illustrierten“ sowie vom 26. August 1972 „Pressefreiheit nur nach Bedarf“.

ma. Eine Sonderarbeitsgruppe hat jetzt am ersten Tag viel Arbeit geleistet.²⁴ Ein zweites: Das Thema Steuererhöhungen bedarf meines Erachtens jetzt dringend einer internen Sprachregelung. Ich halte es nicht für gut, wenn wir hier im gegenwärtigen Zeitpunkt in der gegebenen Situation uns auch zu Steuererhöhungen bekennen als einem unausweichlichen Vorgang. Ich meine, hier sollten wir eine eindeutige Sprachregelung herstellen. Dritter Punkt ist eine Frage: Herr Kraske, aus Ihren Auslassungen habe ich nichts gehört zur Sozialen Marktwirtschaft. Ist das eine wohl durchdachte Überlegung, dieses Wort jetzt in der Sprache zu meiden, oder? (*Kraske*: Das gehört unter die Rubrik „Stabilität“, völlig klar. – *Unruhe*.)

Barzel: Darf ich, bevor ich Herrn Katzer das Wort gebe, zu dem Punkt Steuererhöhung etwas entgegen, Herr Müller-Hermann, ich versuche, die Frage zu beantworten. Mir liegt dieser Text vor, den wir heute morgen erarbeitet haben.²⁵ Es ist in der Ziffer 1 ... (*Unruhe*.) Zur Sache: Selbst wenn wir jetzt die Bestandsaufnahme auf dem Tisch hätten, die wir nicht haben, würden wir sicher erkennen, daß wir ein Gesamtpaket machen müssen. Und den Haushalt und die anderen Bereiche betrifft das ja elementar. Und dabei würden wir ganz sicher einen Punkt finden, an dem eben auch der Gedanke von Einnahmeverbesserungen aufkommt. Ich war jetzt wieder unterwegs und habe also mit zwei Zahlen die Leute einfach sehr nachdenklich gemacht. Ich habe gesagt, im nächsten Haushalt fehlen 13 Mrd., für nächstes Jahr allein, es sind wahrscheinlich noch mehr. Dann redet die Regierung von Steuererhöhungen, als ob das so einfach wäre. Damit ist völlig klar, daß hier ein Loch im Haushalt ist, das unabhängig von allen volkswirtschaftlichen Wettbewerbs- und Kostengesichtspunkten so einfach eben durch Steuererhöhung gar nicht geschlossen werden kann. Und dann kommt der interessante Punkt. Ich würde uns ja einladen, ich erinnere an ein Gespräch, das wir im Juni hatten, wo ich leider eine Anregung bisher nicht wiedergesehen habe. Wir haben ja das Städtebauförderungsgesetz, das immer noch eine Rolle spielt. Es war richtig, daß hier Miet- und Wohnrecht genannt wird, dafür ist das z. T. ein Synonym. Wir sind ja mit einer Vorschrift nicht durchgedrungen, nämlich mit dem Vorschlag, durch steuerliche Anreize auch private Initiativen zur Sanierung von Stadtkernen zu fördern.²⁶ Ich bin ganz sicher, daß die Lage zur Sanierung von Stadtkernen anders wäre, wenn dieser Vorstoß durchgedrungen wäre. Aber hier ist aus ideologischen Gründen gesagt worden, das geht nur mit Steuergeldern. Keiner hat Geld, das Städtebauförderungsgesetz liegt hervorragend in den Schubladen der Planer, keiner

24 Der AK II der CDU/CSU-Bundestagsfraktion hatte in der Sommerpause 1972 vier Arbeitsgruppen (Wettbewerbsrecht, Bau- und Bodenpreise, Außenwirtschaftliche Absicherung, „Öffentliche Armut – privater Wohlstand“) gebildet zur Vorbereitung von Arbeitspapieren (vgl. ACDP 08–001–042/2).

25 Vgl. Anm. 16.

26 Gesetz über städtebauliche Sanierungs- und Entwicklungsmaßnahmen (Städtebauförderungsgesetz) vom 12. Juli 1972 (BGBl. 1972 I S. 1125); Große Anfrage des Abgeordneten Dr. Warnke und der Fraktion der CDU/CSU vom 19. Juli 1972 (BT-Drs. VI/3667) und Antwort des Bundesministers für Wirtschaft und Finanzen vom 20. September 1972 (BT-Drs. VI/3808); SPD-Pressedienst vom 20. Juli 1972 „CDU-Reformfeier bleibt in der CDU hängen“.

kann sich bedienen. Wenn wir auch die Methode Wiederaufbau so finanziert hätten, wie es diese ideologische Entscheidung deutlich macht, dann wären wir im Wohnungsbau jetzt bei dem Stand, den wir 1955 hatten. Das heißt, bevor in unser eigenes Bewußtsein sich einschleicht, natürlich müssen wir mehr öffentliche Dinge leisten, und dies und das zusätzlich finanzieren, deshalb automatisch Steuern erhöhen, dann ist das eine falsche direkte Schlußfolgerung. Es gibt andere Wege, wie wir bewiesen haben, wenn wir an Sozialer Marktwirtschaft festhalten, Aufgaben, die im Gemeinwohl dringlich sind und Priorität haben, zu finanzieren und zu verfolgen. Das sind, glaube ich, Fragen, die eine Rolle spielen sollten. Wir wären also unverantwortlich, wenn wir Steuererhöhungen ausschließen.

Letzter Punkt: Wir wissen nicht, was die Regierung tun wird. Helmut Schmidt wird sich über unsere Erklärung nicht freuen, weil sicherlich, vor allem in der Ziffer 3, einiges vorweggenommen ist. Aber halten wir mal eines alle für möglich, daß er den Weg der Flucht nach vorne ergreift und vor den Wahlen sagt: „Hier, das ist die Steuererhöhung, die wir brauchen, zur Förderung der Qualität des Lebens. Was sagt Ihr, Ihr schließt das ja nicht aus? Wollt Ihr hier wirklich kneifen?“ Das ist sicherlich ein Versuch, der kommen wird. Darauf werden wir uns einzurichten haben und sicherlich politisch darauf reagieren. Es gibt dazu einige Vorstellungen. – Herr Müller-Hermann hat das Wort.

Müller-Hermann: Könnten wir nicht, statt hier jetzt zu den Thema Steuererhöhungen allzu konkret Stellung zu nehmen, uns im Prinzip dazu bekennen, daß Dienstleistungen, auch wenn sie von der öffentlichen Hand zur Verfügung gestellt werden, eben bezahlt werden müssen? Damit schaffen wir sehr viel Raum, der jetzt weggenommen wird durch Subventionierung öffentlicher Dienstleistungen.

Barzel: Das geht mir zu weit! Die Erhöhung der Gebühren, also auch der öffentlichen Preise, ist eine furchtbar unpopuläre Geschichte. Warum sollten wir gerade in dieser Sache zeigen, daß wir sehr sachkundig sind? – Herr Katzer!

Katzer: Ich will ein paar Bemerkungen machen. Erstens, ich glaube, wir werden darstellen müssen, daß der Slogan, der ja auch hier in diesem Kreise so einfach übernommen wird von der öffentlichen Armut und dem privaten Reichtum, höchst zweifelhaft geworden ist unter der Regierung. Nämlich daß wir einen Bereich von etwa 10 % unserer Bürger haben, die mittlerweile keineswegs in privatem Reichtum leben, sondern die dank der Politik dieser Regierung ans Ende geraten sind. Ich glaube, das wird ein Akzent sein, den wir setzen sollten in dieser Diskussion. Das zweite, ich glaube auch, daß die Wohnfrage, Städtebau, in den Katalog aufgenommen werden muß, einschließlich der Steuerpolitik und einschließlich dessen, was der Herr Fredersdorf jetzt sehr publikumswirksam aufgreift²⁷, auch in der Sache würden Experten besser entscheiden. Aber jedenfalls so eine Zahl, daß man 4,5 Mrd. Steuern bekommen könnte, wenn die Hinterziehung aufhört, regt natürlich jeden Bürger, mich einge-

27 Vgl. „General-Anzeiger“ vom 19. August 1972 „Steuerbeamte: Keine Steuererhöhungen nötig“.

schlossen, sehr an, um nicht zu sagen, auf. Ich will also einen Punkt sagen, ja, das ist so, das werden wir also mit einbeziehen müssen.

Drittens, Herr Kollege Dregger, ich kann verstehen, daß Sie etwas gegen das Wort Gerechtigkeit haben. Denn in der Tat, wenn Sie gefragt werden, ob das, was wir in der Vergangenheit gemacht haben mit dem Stichwort „Gerechtigkeit“ abgedeckt wäre, dann wären wir alle fein raus. Denn gerade in punkto Steuern usw. war das sicherlich nicht so. Aber wir haben ja auch argumentiert, wir haben gesagt, es hatte damals Priorität, wir mußten erst die Wirtschaft aufbauen. Das war nicht mutwillig, sondern das haben wir ja z. T. wissend gemacht. Aber das darf doch nicht so weit führen, daß wir deshalb, weil wir das so gemacht haben – und ich würde es hinterdrein sagen, wußten – darauf verzichten, unsere Gesellschaft so gerecht wie möglich aufzubauen. Und dazu gehört das Streben nach Gerechtigkeit, sonst schaffe ich das nicht so gerecht wie möglich. Deshalb möchte ich sehr nachdrücklich für diesen Satz des Herrn Vorsitzenden hier plädieren.

Letzter Satz: Ich glaube, wer die Rede von Herrn Brandt von gestern noch einmal nachliest²⁸, der wird doch sehr gut beraten sein, wenn er diese Frage „demokratischer Sozialismus“ nicht so abtut, wie man das in Bürgerversammlungen gerne tun kann und sogar mit Applaus, wenn man darüber spricht. Bei sehr vielen jungen Leuten, Studierenden aller Art, aber auch jungen Arbeitnehmern, hört sich das ganz anders an. Die kennen nicht die Konfrontation mit dem Kommunismus, die wir erlebt haben im Krieg etc. Wenn wir zu kräftig malen in den Farben, erreichen wir das genaue Gegenteil. Insofern ist diese Politik, die Herr Brandt hier gestern eingeleitet hat, höchst gefährlich. Ich habe heute einen Kommentar gelesen, das wäre also wunderbar, jetzt bräuchten wir nur noch den Buhmann und hauen jetzt drauf. Mitnichten! Ich kann nur sagen mitnichten! Ich empfehle eine sehr differenzierten Auseinandersetzung mit dem, was „demokratischer Sozialismus“ ist, und nicht, den Versuch zu machen, daß alles, was sich unter diesem Namen verbirgt, im Grunde platter Kommunismus sei. Die Gefahren, die muß man aufzeigen. Aber ich würde sehr differenziert hier vorgehen und nicht das in eine globale Welle hineinbringen, die würde gegen uns selbst ausschlagen. Also, so allgemeine Formulierungen wie „rot“, die würde ich vermeiden. Davor würde ich wirklich, Herr Kollege Dregger, mit Nachdruck warnen. Das wäre genau die falsche Richtung, in die wir hier nach meinem Erkennen gehen würden. Ich würde sagen, die Diskussion kann man leichter führen, wenn wir sagen: „Jetzt bekennen Sie sich wenigstens bitte mal zum Sozialismus!“ Bisher war das ja changierend, ist es so oder ist es nicht. Aber sie haben einen Vorteil, wenn sie jetzt den Sprung nach vorne gehen und sagen: „Jawohl, und jetzt erläutern wir, was wir unter demokratischem Sozialismus verstehen“, das fängt bei Kurt Schumacher an und wird dann fortgeführt bis Willy Brandt.

Das letzte, Herr Vorsitzender, ich glaube, was ich an Vorbereitungen hier sehe, ist in der Tat, wenn ich so die letzten Wahlkämpfe sehe, vom Zeitpunkt aus sehr gut, besser und auch näher dran als eh und je. In der Partei dort unten hört man jetzt nach langen Zeiten mal wieder Lob über die Bundespartei, Bundesgeschäftsstelle. (*Barzel*: Das ist

28 Vgl. Anm. 10.

gefährlich!) Nein, das ist nicht gefährlich, Herr Vorsitzender, ich bin ausnahmsweise in diesem Punkt mal anderer Meinung als Sie, Sie mögen mir das gütigst nachsehen. Von meiner Kölner Kreispartei höre ich, daß man sagt, also wir kriegen nun endlich etwas von der Bundespartei. Man hat den Eindruck, hier wird jetzt geführt, es ist positiv zu werten. Hier werden also neue Kräfte freigesetzt im positiven Sinne, daß man zusammen wirken kann. Ich würde also meinen, daß wir diese Grundstimmung, die wir jetzt haben, ausnutzen sollen. Und von daher werden wir einige der Punkte schon in der nächsten Vorwahlzeit hinzuarbeiten müssen. Renten usw., das will ich jetzt mal weglassen. Aber ich kann da noch andere Dinge einbringen, die man jetzt in dieser ersten Raketenstufe zündet und um dann im Wahlkampf selbst dann die letzte Munition draufzugeben.

Barzel: Darf ich mich für die hervorragende Mitarbeit hier bedanken und noch ein Wort sagen, was Herr Kraske nicht mitgeteilt hat, was aber zeigt, wie hier gearbeitet wird. Die Bundespartei hat einen internen Wettbewerb bei allen hauptamtlichen Mitarbeitern, auch der Landespartei und der Kreispartei, ausgeschrieben mit dem Preis eines Monatsgehalts für den, der den besten Slogan prägt. Das ist für uns sehr wichtig, und wir haben über 120 Einsendungen, wie viele haben wir jetzt, Herr Krakow? 1.000. Das ist weitgehend, aber da ist nicht die zündende Rakete dabei, (*Katzer:* Finde ich gut!) aber es zeigt zu zwei Dritteln, daß die Freunde vor Ort auf denselben Punkt den Daumen setzen wie hier unsere Leute. Das gibt das Gefühl des Miteinanders. (*Katzer:* Finde ich gut!)

Tandler: Ich möchte darauf hinweisen, daß es einen breiten Bereich der Wechselwähler gibt, für die sich die FDP als Alternative zur SPD anbietet, und daß wir alles unternehmen müssen, um das zu verhindern, denn wie die Koalition abschneidet, entscheidet darüber, wer dann letztlich die Regierung stellt.

Zweitens, in der Auseinandersetzung mit der SPD halte ich es für notwendig, daß wir gleich am Anfang einen ganz harten Satz in den Raum stellen. Im Bereich Inflation, mit dem dann die SPD dann während der übrigen Zeit des Wahlkampfes noch zu knabbern hat. (*Zwischenruf:* Wie heißt der Satz?) „SPD = Inflation“, so in der Art. (*Kraske:* „Wer die SPD wählt, wählt die Inflation.“)

Drittens, was die Mannschaft anbelangt – ich habe das auch bereits am Sonnabend ausgeführt –, ist notwendig, daß wir von unserer Seite das fachliche Image, das die Kernmannschaft mitbringt, aktivieren müssen, weil wir auf diesem Gebiet der SPD wirklich etwas entgegensetzen können. Und hier meine ich, weniger Stabilitätsmannschaft als die Mannschaft der Fachleute. (*Zwischenruf:* Profis an die Front!)

Viertens, ich würde es schon für gut halten, wenn wir diesen großen Fehler, den jetzt zweifelsohne die Regierung oder ihre Freunde gemacht haben, entsprechend für uns ausnutzen, und ich könnte mir das schon sehr günstig vorstellen, was die Öffentlichkeitswirkung anbelangt, wenn die Fraktion hier z. B. einen Untersuchungsausschuß fordern würde. (*Barzel:* Eventuell nach der Olympiade?) Ja.

Fünftens, die Zusammenarbeit zwischen den Bundesgeschäftsstellen der CDU und der CSU ist, gerade was das Problem der Wahlkampf Vorbereitung anbelangt, intensiv. Im Bereich der Technik, wenn ich vor allem an das Fernsehen denke, selbstverständ-

lich, daß das abgesprochen werden muß, von der Thematik angefangen bis zur Darstellung dessen, was wir senden werden. (*Starke Unruhe.*) Was die personelle Zusammenarbeit und die Darstellung der Zusammenarbeit nach außen anbelangt, könnte ich mir vorstellen, daß wir – ich habe darüber auch mit Herrn Dr. Barzel schon gesprochen – über den Weg gemeinsamer Veranstaltungen der Kernmannschaft, der Kanzlerkandidat, Außenminister, künftiger Finanzminister, dieses entsprechend darstellen. Das würde weit über das hinausgehen, was normale Erklärungen erreichen.

Lemke: Wir sind auf vielen Gebieten in gesellschaftspolitischer, in sozialer Beziehung erheblich weit fortgeschritten. Aber ist es nicht eigentlich immer mehr eine Daseins-Nachsorge als eine Daseins-Vorsorge? Wir haben ja in den strukturellen Faktoren genügend Ratschläge. Ich würde also sagen, um es kurz zu fassen: Wir müssen auf diesem Gebiet des Sozialstaates, auf diesem Gebiet der Gerechtigkeit und des Sozialen, wie Sie es nannten, uns nicht mit einigen Allgemeinplätzen begnügen, sondern gesellschaftspolitisch mehr präzisieren, was wir für Eigentum und Vermögensbildung tun. Um es ganz einfach auf eine Formel zu bringen: Ich meine, die rechtliche Chancengleichheit muß in eine tatsächliche Chancengleichheit überführt werden. Wir müssen einfach dafür sorgen, daß die tatsächliche Chancengleichheit vorangestellt wird. Eine rechtliche Chancengleichheit haben wir. Das wissen Sie wie ich. Aber ich meine, gerade weil der Vorsitzende das als das wichtigste vorangestellt hat, darf ich noch einmal aufgreifen, was Herr Katzer gesagt hat, was der RCDS-Vorsitzende gesagt hat. Wir brauchen hier präzisierte Aussagen in der Anteilnahme an der Gestaltung des gesellschaftlichen Wandels.

Köppler: Darf ich drei Bemerkungen noch machen. Die eine, über die wir auch am Wochenende, am Samstag, schon gesprochen haben, und die auch hier in der Diskussion und in dem vor allen Dingen, was Herr Dr. Kraske uns dargelegt hat, eine Rolle gespielt hat. Das ist die Frage, wie wird der Mannschaftsgedanke präsentiert und klargemacht? Ich möchte an das anknüpfen, was Herr Tandler gesagt hat. Ich halte wenig, auch nach den ersten Versuchen, die uns vorgelegt worden sind, von einer visuellen Deutlichmachung dieser Mannschaft. Ich fürchte, daß das mehr Negatives als Positives bringt. Die Form der regionalisierten Austauschleistung ist gut. Eine Gesamtdarstellung vom Mannschaftsgedanken rein visuell wird schwierig werden. Vielleicht sollten wir uns darauf nicht versteifen. Aber um so notwendiger ist, daß wir die Sachzuständigkeit, die Sachkapazität der im ganzen Bundesgebiet bekannten Spitzenleute der Führungsmannschaft in der Wahlkampfaussage unterstreichen. Was ist von Franz Josef Strauß gesagt worden, was seine Kapazität zur Ausmistung der Finanzmisere angeht? Das muß für Gerhard Schröder gelten, was die außenpolitische Situation angeht, gerade auf dem Hintergrund der Duplizität, der positiven Duplizität, die er durch seine Reise nach China und Asien hat.²⁹ Aber eines muß auch klar sein: Wir dürfen nicht den Versuch auch nur erkennbar machen, daß wir „Mannschaft“ sagen und dabei den

²⁹ Schröder hielt sich vom 13. bis 29. Juli 1972 in China auf. Materialien in ACDP 01–483–168/2, –169/2. Zur Presseresonanz vgl. CDU Bundesgeschäftsstelle Abt. Information/Dokumentation vom 28. Juli und 3. August 1972.

Chef der Mannschaft einebnen. Es muß klar sein, wer Chef in dieser Mannschaft ist. Auch das muß in der Aussage der Wahlkampfkonzeption deutlich werden.

Zweitens: Etwas, was wir alle noch sagen können – das haben uns die Leute aus der Werbung sagen sollen –, ist der noch nicht aufbereitete Inhalt, der politische Inhalt für bestimmte Wahlkampfaussagen. Eines der Kernprobleme wird natürlich das sein, wie wollt ihr denn nun die Finanzmisere beseitigen? Und hier gehen ja offenbar die Meinungen unter den Gremien der Partei auch noch einigermaßen auseinander, das muß noch zusammengebunden werden. Nur dazu eine Anmerkung: Ich halte nichts von dem Versuch – er wird ihn machen, aber ich glaube nicht, daß er Erfolg haben wird – von Helmut Schmidt, jetzt so mit der Opfergesinnung im Kennedy-Look hier Steuererhöhungen als Wahlkampfvorschlag zu präsentieren. Wenn sie das machen, sollen sie es machen. Ich glaube nicht, daß das zieht. Im übrigen meine ich, daß diese Regierung, die ja nicht nur eine Möglichkeit, sondern geradezu eine Pflicht hat, die wahre Lage darzustellen, indem sie den Haushalt konzipiert für 1973, darauf aus Wahlkampfücksichten verzichtet. Was zwingt uns eigentlich, in dieser Sache nun zu sagen: „Wir werden diese, jene und diese Steuer erhöhen.“ Ich warne dringend davor, hier etwa zu spekulieren auf das Bedürfnis eines Teils, aber eines sehr geringen Teils unserer öffentlichen Meinung, Ehrlichkeit bis zum letzten, auch in der Wahlkampfaussage, was die Steuerfrage angeht, zu betreiben. Ich würde auch meinen, es täte uns gut, wenn wir uns da auch in der Vorwahlkampfphase etwas zurückhalten würden mit den eigenen Vorschlägen von Steuererhöhungen.

Und nun noch ein letztes zu der „Quick“-Sache. Herr Tandler hat sie angesprochen. Ich bin der Meinung, daß wir sie richtig haben laufen lassen. Wir müssen sie natürlich, und da müssen wir mit der Bundestagsfraktion von Düsseldorf her noch engen Kontakt haben, auch in Düsseldorf spielen, denn ich fürchte, daß die sedes materiae in Düsseldorf sein wird, je weiter wir stochern und je weiter wir bohren. Es wird hier nichts Spektakuläres herauszuholen sein, es wird das vielleicht auch in Düsseldorf nicht herauszuholen sein, aber die armen Hunde, die da gebissen werden, wegen der Fehler, die gemacht wurden, die sitzen sicher in der Düsseldorfer Zuständigkeit. Ich würde also meinen, wir sollten die Sache wie bisher so sachlich wie möglich betreiben. Und wir sollten Aufklärung bis ins letzte verlangen, aber von spektakulären Aktionen wie Sondersitzung Bundestag usw. oder bei uns jetzt die Frage Sondersitzung Landtag in dieser Sache halte ich nichts. Das wird eben unserer Gesamtimage-Bildung, die der Vorrang der Partei ist, nach meiner Auffassung nicht dienlich sein.

Barzel: Bis wir wissen, was die Regierung auf unsere Frage sagt, erlauben Sie mir die Andeutung: „Etwas mehr Biß!“ Über die Rohrkrepiereergefahren, die leicht in den Materialien, die sichergestellt worden sind, liegen können, müssen wir uns klar sein.

Schäfer: Zu der Frage wirklicher Finanztätigkeit, die wird eine große Rolle spielen, ob 16, 17, 18 oder 20 Mrd. Schulden. Wir müssen darauf achten, daß es immer weniger Menschen gibt, die keine Schulden machen, die keine Schulden haben. Das ist eine Solidarisierung der Wähler mit der SPD. (*Heiterkeit.*) Wenn es uns nicht gelingt klarzumachen, daß es ein Unterschied ist in den Schulden, die ich um die Ecke bei Herrn Eib habe, oder bei den Schulden, die ich bei der Bausparkasse habe, dann haben wir

ein Problem. Da wäre ich vorsichtig mit dem Begriff „Schulden“ und würde ihn immer nur gebrauchen im Zusammenhang, na sagen wir, mit Bankrott, Unsolidität, etc. Wenn wir Schulden als solche zur Diskussion stellen, würde eine Solidarisierung erfolgen, die für uns gewiß nicht angenehm wird.

Zweiter Gesichtspunkt: Steuererhöhung. Es gibt ja sicher vier Möglichkeiten, die uns zu Steuererhöhungen zwingen könnten. Eine Möglichkeit sind konjunkturelle Stabilitätsgründe. Zweite Möglichkeit, strukturell erfüllbare Steuerreform. Dritter Grund, mehr im Namen des Staates über die Steuern und vierter Grund, sagen wir eine Finanzierung von Inflationsschäden. Nur der vierte Grund kann für uns tabu sein. Diese Hürde darf sicherlich keine Steuererhöhung nehmen, alle anderen Gründe könnten für uns eines Tages von erheblicher Relevanz sein. Denn wenn es gelingt, die Diskussion um Steuererhöhungen auf die Inflationsschäden zu konzentrieren, dann kann man immer sagen, keine Steuererhöhungen, bei allen anderen drei Punkten ist es schwierig.

Narjes: Ich darf auch noch einmal die Sozialismus-Diskussion aufgreifen. Nach erstem Durchlesen der Brandtschen Rede bestätigt sich einmal mehr, daß in vielen Konfrontationstatbeständen die SPD um Verwischung bemüht ist, etwa ob es sich um Marktwirtschaft, Gemeinwirtschaft, Sozialismus oder ähnliches handelt, damit in dem allgemeinen Nachhall der unscharfen Begriffe dann die Faktoren beim Wähler übrigbleiben, von denen die sich einen größten Vorteil verspricht. Und hier in punkto Sozialismus ist das entscheidende wohl der deutliche Verzicht, sich nach links abzugrenzen, getreu den Brandtschen Worten: „Wir müssen so weit wie möglich nach links offen bleiben, damit bei uns keine Weimarer Zustände einreißen.“ Ich würde also anregen, daß wir nach eingehender Prüfung der Brandtschen Rede einer künftigen Sozialismus-Definition, die Eppler gegeben hat³⁰, die nichts weiter ist als allgemeine Weltverbesserung, und einigen Äußerungen von Ehmke hier deutlichere Grenzen zeigen, um gerade dem marxistischen Gehalt, der jetzt verschwiegen, aber nach dem 3. September wieder herauskommen wird, jetzt schon sichtbarer zu machen.

Barzel: Ich danke, die Diskussion ist damit zu Ende. Ich darf dann zusammenfassen, daß die hier vorgetragene Linie, soweit sie heute konkret war, gebilligt wird.

Dann kommen wir zum nächsten Punkt der Tagesordnung, Herr Krakow stellt gerade noch ein paar andere, recht schöne, gelungene Köpfe auf, damit Sie auch so ein Gefühl von Mannschaft bekommen. (*Unruhe und Heiterkeit.*)

BUNDESREDNER-EINSATZ

Kraske: Ich darf Sie zu diesem Punkt alle um Aufmerksamkeit bitten, weil es um Sie alle geht. Dieser Punkt ist kurz, er ist unerfreulich. Die bisherigen Ermahnungen der Bundespartei, die sich auf Beschlüsse dieses Kreises stützen, sind leider nicht beson-

³⁰ Vgl. die Ausführungen von Eppler in der SWF-Sendung „Ein Wort zur Politik“ am 6. August 1972 (BPA Abt. Nachrichten Referat II/4 Deutsche Gruppe).

ders positiv aufgenommen worden. Es ist eine alte und eigentlich immer wieder deprimierende Erfahrung, daß ein solcher Kreis in pleno ohne Widerspruch strahlende Beschlüsse über das Ausmaß eines Bundesrednereinsatzes trifft, aber in persona dieselben selbst gefaßten Beschlüsse nicht nur nicht durchführen will, sondern eigentlich für völlig idiotisch hält. Die tatsächliche Lage, ich nenne gar keine Namen, aber ich könnte hier ziemlich viele Namen nennen, die tatsächliche Lage ist die, Herr Vorsitzender, daß unsere führenden Politiker, Mannschaftskollegen, Vorstands-, Fraktionsvorstands-, auch Präsidiumskollegen sehr schnell an Kreisverbände, Vereinigungen, Organisationen Briefe richten, sie würden ja außergewöhnlich gerne der Einladung dieses Kreisverbandes, Landesverbandes, Organisation zu einem Vortrag Folge leisten, aber sie müßten korrekterweise mitteilen, daß sie das gar nicht selber entscheiden könnten, weil nur die Bundesgeschäftsstelle sie einsetzte. Wenn aber dieselbe Bundesgeschäftsstelle an dieselben Leute schreibt, daß sie doch bitte im Laufe des Wahlkampfes ...

[Lücke im Band]

Es gibt Kollegen, die einen neuen Wahlkreis übernehmen. Ich kenne die Praxis genug, um zu verstehen, daß es für die vollkommen unmöglich ist, diesem neuen Wahlkreis, der denkt, nun haben wir da einen prominenten Kandidaten, zu sagen: „Also, ich komme bei Euch mal im September oder Oktober um die Ecke und gucke da mal rein, aber im November, da bin ich dann an einem Nordseestrand und an den Alpenhängen, aber nicht mehr bei Euch.“ Das geht natürlich nicht.

Aber das ist auch nicht das entscheidende, sondern das entscheidende ist, daß uns die Betreffenden dann von sich aus schreiben: „Es tut mir leid, ich kann das nicht, weil ich einen neuen Wahlkreis habe, kann ich statt dessen vielleicht im Oktober stärker in den zentralen Rednereinsatz kommen?“ Dann kann man darüber reden. Aber wir müssen dabei bleiben, daß wir zwischen unserem Parteitag und dem Wahltag die vorgesehene Zahl dieser Termine bekommen, und wir müssen bitte – wenn wir in diesen Tagen, ab jetzt bis zum Parteitag, wichtige Veranstaltungen haben, etwa von dem Katholischen Familienbund³¹ in Regensburg oder von irgendeinem großen Wirtschafts- oder sozialpolitischem Verband – nun nicht wirklich 20 Leute ansprechen müssen, die uns alle sagen: „Nein, da können wir nicht hingehen.“ Wir haben es beim zentralen Rednereinsatz dieses Mal schwerer als sonst, weil natürlich mit einer Ministermannschaft das ein bißchen leichter zu machen wäre. Um so mehr müssen wir das dann ausgleichen durch einen wirklich noch intensiveren Einsatz, als wir ihn früher gehabt haben. Ich glaube, alle Kollegen, die das erlebt haben, werden mir bestätigen, daß in dem Wahlkampf in Baden-Württemberg der intensive Rednereinsatz der gesamten Partei CDU und CSU entscheidend zu dem Erfolg bei diesen Wahlen beigetragen hat und daß wir dies über das ganze Bundesgebiet ausgedehnt nur dann in ähnlicher Dichte erreichen, wenn wir eben noch sehr viel mehr uns einsetzen, als wir das in Baden-Württemberg getan haben.

31 39. Tagung des Zentralen Familienrates vom 27. bis 29. Oktober 1972 in Regensburg. Programm und Protokoll in ACDP 01-168-039/2.

Ich möchte Ihnen nicht zumuten, daß ich das jetzt in dem ganzen Umfang dieses Papiers der Bundesgeschäftsstelle mit Ihnen durchexerziere, denn es sind alles Varianten dessen, was ich Ihnen eben gesagt habe. Ich bitte Sie nur, wirklich jeden, zu überlegen, ob Sie die bisherigen Aufforderungen der Bundesgeschäftsstelle so beantwortet haben, wie es der Ernst der Lage erfordert. Und wenn Herr Hennig oder Herr Rummeler oder Herr Meyer oder wer dieses mühselige Geschäft nun gerade zu erledigen hat, Sie in den nächsten Tagen erneut auf diese Frage anspricht, dann bitte erinnern Sie sich daran, was davon abhängt und worauf es hier ankommt.

Ich habe in diesem Zusammenhang eine spezielle Frage, die sich an die Landesvorsitzenden wendet, die hier in diesem Kreise sind. Wir brauchen in diesem wie in den letzten Wahlkämpfen eine gewisse Sicherungstruppe für einen Teil unserer Redner. Wir beabsichtigen, daß das regional zusammengesetzt wird aus Freunden von der Jungen Union, die sich dafür zur Verfügung stellen und aus Polizeibeamten, die ihren Urlaub dafür einsetzen, um uns als Parteifreunde dabei zu helfen. Ich lese mit Bedauern, daß eine von der CDU gestellte Landesregierung schon jetzt erklärt, daß sie diesen Polizeibeamten keine Dienstbefreiung geben wolle. Bisher war es so, daß diese Leute in SPD-Ländern Urlaub nehmen mußten, aber in CDU-Ländern Dienstbefreiung bekamen. Aber zum zweiten gibt es in einzelnen Landesverbänden Überlegungen, die ich sehr unterstützen möchte an die Adresse der Herren Landesvorsitzenden, auf die Plätze 120 bis 150 der Landeslisten nicht nur routinemäßig irgendwas, die Landtagsfraktion oder sonst was zu setzen, sondern zu einem Teil auch diese Freunde, weil das nämlich eine erhebliche Reihe von praktischen Erleichterungen mit sich bringt, die ich hier nicht näher zu schildern brauche, weil für gewisse Leute da bestimmte gesetzliche Automatismen in Gang treten.

Ich schlage Ihnen also vor, daß wir heute darauf verzichten, das von Mann zu Mann noch einmal zu erörtern unter Vorlage der Dokumente, daß ich die Bundesgeschäftsstelle bitte nach diesem hoffnungsvollen Ansatz, den ich aus Ihrer aller zustimmenden Blicken entnehme, diese Frage Bundesrednereinsatz neu aufzunehmen. Aber daß Sie mir und dem Vorsitzenden dann in der zweiten Runde wirklich erlauben, nicht mehr davon auszugehen, daß das vorher ein Mißverständnis war, sondern davon auszugehen, daß hier Mitglieder von Vorstand, Präsidium, Fraktionsvorstand größere Schwierigkeiten machen als andere. Wir müssen wirklich uns darauf verlassen, daß wir alle die Dinge erfüllen, die für die Partei im ganzen nützlich sind, ohne Ausnahme!

Barzel: Liebe Kollegen, ich finde es einigermmaßen erschütternd, daß der Generalsekretär zu diesem Thema zehn Minuten sprechen muß. Ich werde mich der Sache selbst annehmen, es ist völlig ausgeschlossen, daß ein Mitglied dieser Mannschaft, auf welchem Posten auch immer, nicht die Pflicht tut, die wir selbst beschlossen haben. Völlig ausgeschlossen! – Kollege Katzer!

Katzer: Einen Satz muß ich noch dazu sagen: Wenn natürlich von den fünf Terminen im eigenen Wahlkreis bei einem z.B. drei Sonntage allein nur für den eigenen Wahlkreis vorgesehen sind, dann wird man sauer. Ich bitte um Entschuldigung – das geht nicht!

Kraske: Vollkommen klar, das würde ich nicht billigen, weil es an der Praxis vorbei geht. Aber darüber kann man ja in jedem einzelnen Fall sprechen.

Amrehn: Noch zu jedem Wahlkampf haben wir diese Diskussion miteinander geführt. Nachdem Freund Kraske seine Ausführungen gemacht hat, möchte ich doch ein wenig auch die Gegenseite beleuchten. Wenn Kraske mit Recht fordert, daß jeder zu jedem Tag in der Vorwahlkampfzeit zur Verfügung steht, dann muß der Redner, der sich der Verantwortung stellt, auch die Gewißheit haben, daß er am Platze seines vorgesehenen Einsatzes die entsprechenden Vorbereitungen, Einladungen, den Saal und die Menschen findet, die er ansprechen soll. Im letzten Wahlkampf in Baden-Württemberg ist mir wiederholt im Lande, wie hier bei der Bundesgeschäftsstelle, gesagt worden, daß es ein Überangebot an Einsätzen gegeben habe. An manchen Stellen waren zu viele Veranstaltungen, allerdings an anderen Stellen auch zu wenig. Und das liegt dann sehr häufig offenbar an der regionalen oder lokalen Organisation. Man möchte ungern erleben, daß man eine ganze Woche auch aus seinem beruflichen Leben zur Verfügung stellt, im Lande umherreist und dann die Erfahrung macht, daß die Einladung zu der betreffenden Veranstaltung erst 48 Stunden vorher verteilt worden ist und überhaupt nur noch einen Teil der Mitglieder der Ortsverbände erreichen konnte.

Und es müßte auch, Freund Kraske, darauf geachtet werden, daß mit aller Striktheit die Vorschriften durchgeführt werden, die die Bundesgeschäftsstelle für die Landesverbände erläßt, nämlich, daß der betreffende Bundesredner, der eingesetzt wird, spätestens zehn Tage vorher von dem Landesverband oder Kreisverband die Mitteilung hat über den Ort seines Einsatzes. Daran hat es beim letzten Wahlkampf in Baden-Württemberg jedenfalls bei mir erheblich gefehlt, und mit Zustimmung der Bundesgeschäftsstelle habe ich einige Einsatzorte dann abgesagt, von denen ich hörte, daß am Vorabend Herr Kiesinger, am nächsten Abend im Nachbarort Herr Barzel, am dritten Tag Herr von Hassel, alles so zusammengedrängt, sprechen würde, und dann natürlich eine weitere Einsetzung von Rednern nicht sehr sinnvoll ist. Unter diesen Gesichtspunkten bitte ich, das Problem auch zu sehen und den Rednern nachher nicht das Gefühl zu geben, daß sie ihre wertvolle Zeit eingesetzt haben, ohne daß sie entsprechend genutzt wurde. Ich glaube, da liegen Erfahrungen von beiden Seiten vor, die wir uns nicht aufrechnen wollen, aus denen wir aber gemeinsam lernen sollten.

Kiesinger: Ich kann das, was Herr Amrehn sagt, unterstützen. Ich habe das bei Wahlkampfveranstaltungen in Baden-Württemberg so beobachtet. Ein wichtiger Mann, der was zu sagen hat, kommt irgendwo hin und findet nicht einen Teilnehmer der Versammlung, also auch noch nicht einmal einen CDU-Mann vor. Niemand! Auf anderen Plätzen waren es zehn, zwölf. Gut, das war bei der anderen Seite auch nicht anders. Ich habe dann auch gesagt: Das müßt Ihr doch ganz anders vorbereiten, das wird häufig zu routinemäßig gemacht. Da dürfen wir uns keine Illusionen machen, bei großen Teilen unserer Rednereinsätze wird die Beteiligung, das Auditorium nicht sehr stark sein, trotz der Anstrengungen der örtlichen CDU. Dann würde ich aber sagen, daß man die Damen und Herren, die wirklich etwas zu sagen haben, mit einlädt. Die machen ihre Versammlung, aber dann ist ebenso wichtig oder noch wichtiger, daß man

die dann Eingeladenen im großen Kreis zusammenbringt, indem sie zu ganz bestimmten Fragen Rede und Antwort stehen. Das heißt also, so ökonomisch wie möglich das auswerten.

Wie es gemacht worden ist, war vielfach so: Die Herren wurden gewählt, dann kam eine Anzeige in die Zeitung, allenfalls wurden noch Leute angeschrieben, und dann kam der arme Kerl hin und stellte fest, es sind fünf oder sechs Mann da. Ich spreche hier nicht pro domo. Obwohl auch bei mir z.B. die Fälle so waren, da waren Säle für 200 Leute bestellt. Da lohnt sich's ja gar nicht. Ihr müßt einen großen Saal nehmen. Ihr müßt dann im letzten Augenblick sagen, wenn Ihr nicht einen großen Saal nehmt, dann komme ich nicht. Das war kein böser Wille, sondern eine Fehleinschätzung, dann ist der große Saal genommen worden und die Sache lief. Oder auch die Vorbereitung. In einem Ort wollten die Leute es genau so machen, wie Sie eben es geschildert haben. Eine Anzeige in der Zeitung und ein Saal für 180 Mann. Ich sage großer Saal, und dann gibt es allerdings auch Einladungen in jeder Gemeinde. Und das ist dann gemacht worden, und hat geklappt. Also ich kann nicht dringend genug das anbieten, was Herr Amrehn gesagt hat, Herrn Kraske unterstützend. Wir fahren wahllos auf alten, ausgefahrenen Gleisen. Bitte, das muß bei der örtlichen CDU eine Bedingung werden, eine solche Veranstaltung, bei der ein Mann einen ganzen Tag, zwei Tage, drei Tage opfert, daß das anders vorbereitet wird.

Kraske: Ich möchte sagen, dieses ist völlig richtig, aber der eigentliche Adressat ist in diesem Falle mehr die Landeskoordination als die Bundespartei, die es auch nicht selber machen kann, aber das sollte in die Wahlkreise hineingehen, denn wir können zwar den Plan koordinieren, aber beim besten Willen nicht dafür bürgen, daß es in jedem einzelnen Wahlkreis wirklich gut klappen würde. Wer das von meinen Mitarbeitern übernehmen wollte, der würde an Größenwahn leiden, das ist einfach nicht darstellbar.

Barzel: Ich möchte nur kurz, bevor ich das Wort weitergebe, sagen, Franz Amrehn wird sich daran erinnern, fast die Rede, die er hier eben gehalten hat, habe ich 1969 gehalten. Ich habe gesagt, ich bin bereit, mich an dem Bundesrednereinsatz zu beteiligen, wenn die Landesverbände auch mal überlegen, daß sie da mal ein Auge darauf werfen, denn die Erfahrung haben wir ja da alle gemacht. Ich glaube, das allerwichtigste, was wir nach meinen Erfahrungen den Kollegen draußen sagen müssen, wenn der Hauptredner kommt und der Saal ordentlich voll ist, ist ein Mikrofon, das funktioniert. Denn der arme Wahlredner, der in der achten Woche vor dem Wahltag die erste Versammlung ohne Mikrofon hat, der wird die acht Wochen die Stimme nicht mehr hinbekommen.

Kiesinger: Ich habe eine Frage: Ich weiß nicht recht, wie die Gegenseite in diesem Wahlkampf mit Störungen agiert? Persönlich fürchte ich, daß man massiv stören wird. Entweder die Versammlungen und Kundgebungen verlaufen ungestört, das ermöglicht dem Redner eine ruhige, geschlossene und damit überzeugende Gedankenführung, Argumentation. Jeder weiß, wenn eine ununterbrochene Lärmkulisse aufgestellt wird, wird es auch dem besten Redner kaum möglich sein, noch eine gute Rede zu halten. Dann kann man allenfalls darauf hoffen, daß der Lärm, der da veranstaltet

wird, die Leute abschreckt, das kann man gelegentlich nützen. Im großen und ganzen hat es aber doch eine negative Wirkung, das Bürgertum, das da drin sitzt, wird verschreckt und beunruhigt. Besonders wenn es junge Leute sind, wird der Eindruck erweckt, die ganze Jugend ist gegen die CDU. Aber in Baden-Württemberg sind es ja auch junge Jahrgänge, die die CDU ebenfalls unterstützen. Da müssen wir uns drauf vorbereiten. Wenn ich daran denke, was ich in Eckernförde erlebt habe³², wo es zu einer richtigen blutigen Saalschlacht gekommen ist und überhaupt keine Ordner der CDU da waren und der Polizeioffizier erklären mußte: „Solange die CDU nicht selbst versucht hat, ihr Hausrecht zu wahren, Ordnung zu halten, kann ich ja nichts machen.“ Und dann nach einer halben Stunde marschierten prächtige Bauernburschen ein mit weißen Armbinden, danach war die Ruhe wieder hergestellt, und ich konnte weiterreden. Das ist nur ein Beispiel. Das ist sehr oft passiert. Herr Kraske, wir müssen dafür sorgen, soweit es geht, daß wenigstens so viele Ordner da sind, daß ein Mindestmaß an Schutz für den Redner gegeben ist.

Schwarz-Schilling: Ich nehme an, Herr Kraske, daß das berücksichtigt worden ist, aber es muß noch mal die Frage gestellt werden, der Bekanntheitsgrad der Personen, die diesem Gremium hier angehören, ist ja sehr unterschiedlich. Und in soweit ist es manchmal etwas unökonomisch, jemand in irgendein anderes Bundesland, in irgendeinen Landkreis hinschicken, wo er überhaupt nicht bekannt ist, währenddessen er in seinem eigenen Land einen Bekanntheitsgrad hat und dort sehr viel mehr wirken könnte. Das ist der erste Punkt, den ich sagen wollte. Der zweite Punkt: Wie ist es gedacht – ich habe z. B. bei meinem Einsatzplan gesehen, daß auch hessische Termine, d. h. also auch in meinem Lande, von der Bundesgeschäftsstelle geplant worden sind –, trägt da nun die Bundesgeschäftsstelle die Verantwortung für die gesamten Veranstaltungen oder wird das dann an die Landesgeschäftsstelle weitergegeben? Mir ist die Abgrenzung, gerade bei Personen, die dem Bundesvorstand angehören, für Termine im eigenen Land organisatorisch nicht klar.

Kraske: Ich darf dazu vielleicht Herrn Meyer bitten, hier direkt zu antworten.

Meyer: Auf die Frage darf ich antworten, daß hier, bei den Rednern in ihren eigenen Ländern natürlich die Terminkollision vorhanden ist.

Kraske: Das heißt also, Herr Meyer, Sie hören nur, Herr Dr. Schwarz-Schilling ist von dann und dann in seinem eigenen Landesverband Hessen eingesetzt, aber Sie legen es nicht fest? (*Meyer:* Mit dem Landesverband haben wir das abgesprochen. – *Unruhe und Diskussion.*) Also, Herr Meyer, das wird hier bestritten in zwei konkreten Fällen, Rheinland-Pfalz und Rheinland, daß die Landesverbände nicht wissen, welche Einsätze die Herren im eigenen Landesverband haben. Das muß offenbar noch genauer abgestimmt werden. (*Diskussion.* – *Schwarz-Schilling:* Wie oft ist die Einschaltung in den Tageszeitungen vorgesehen? Zweimal pro Woche?) Herr Krakow? Ein-

32 Bei einem Auftritt Kiesingers im schleswig-holsteinischen Landtagswahlkampf kam es am 19. April 1971 zu Ausschreitungen, vgl. dpa vom 19. April 1971 „Tumulte um Kiesinger in Eckernförde“; „Kieler Nachrichten“ vom 21. April 1971 „Tumulte um Kiesinger“.

schaltungen in den Tageszeitungen? Können wir einen Überblick geben? Erste Phase zweimal wöchentlich, zweite Phase dreimal wöchentlich, wie sieht das aus?

Krakow: Vorgesehen ist eine erste ganzseitige Anzeige in der 42. Woche und zwar am 12. Oktober, nach dem Parteitag zur Vorstellung des Programms. Und von da an jeden Samstag eine 2/3-Seite bis zur 48. Woche und innerhalb der Woche vor dem Samstag immer rollierend, damit wir jeden Wochentag einmal abdecken. (*Diskussion.*)

Kraske: Aber, Herr Schwarz-Schilling, dieses bekommen die Landesverbände in den Wahlkreisen natürlich schriftlich, sobald die Streuplanung mit der Etatplanung endgültig abgestimmt ist, was zur Zeit noch nicht der Fall sein kann, aber bis Mitte September fertig sein wird.

Barzel: Im übrigen lassen Sie sich von den Pressemitteilungen über unsere Wahlkampfplanung und so weiter nicht irre machen.

Köpler: Noch mal zum Rednereinsatz der Bundesredner. Ich möchte das unterstreichen, was Herr Schwarz-Schilling gesagt hat. Ich glaube, wir müssen dieses Mal besonders rationell verfahren. Ich habe schon vor langer Zeit gesagt, ich halte es für ganz entscheidend, in dem wirklich entscheidenden Bereich an Rhein und Ruhr, daß beispielsweise Herr Katzer nahezu ausschließlich für diesen Bereich zur Verfügung steht. Herr Meyer, ich muß sagen, wenn ich sehe, daß Sie ihn jetzt da so auf verdienstvolle Reise ins Herzogtum Lauenburg schicken, dann ist das für ihn schön, das ist auch wichtig, (*Heiterkeit.*) aber ich weiß nicht, ob nicht ein anderer Bundesredner im Herzogtum Lauenburg denselben Effekt erreichen kann, (*Katzer:* Mehr, mehr!) den Herr Katzer dort erzielen kann und der im Ruhrgebiet und an der Rheinschiene lebensnotwendig ist, weil er dort nahezu dauernd unterwegs ist. Das gilt auch für andere. Im übrigen, glaube ich, sollten wir am Mittwoch noch mal auch mit den Landesgeschäftsführern die Feinplanung der Termine abstimmen.³³ Es geht nicht an, daß ausrechnet unser Freund Friedrich Bohl³⁴ am 11. November in Köln eingeplant wird. (*Heiterkeit und Diskussion.*)

Barzel: Ich habe weitere Wortmeldungen im Augenblick nicht. (*Zwischenruf:* Ja, was wählen wir denn überhaupt? – *Große Heiterkeit.* – (*Zwischenruf:* Wir wollen wählen! – *Wex:* Wir wählen auf jeden Fall, wir machen Wahlkampf auf jeden Fall. – *Katzer:* Ob wir wählen oder nicht, gekämpft wird!) Weiter können wir hier nicht gehen. Wir dürfen nur, wenn ich das noch sagen darf, hier nicht mehr Theorien entwickeln mit allen möglichen Verhandlungsmanipulationen. Wir sagen, wir wollen wählen, 3. Dezember ist unser Termin. Und ich glaube, die beste Methode, den Kanzler dazu zu zwingen, ist die Ablehnung des Haushalts und die Durchsetzung unseres Rentenpakets. Optimale Ziele – ob wir die erreichen? Es lohnt sich, anspruchsvoll zu bleiben.

33 Protokoll der Landesgeschäftsführerkonferenz am 23. August 1972 in Bonn in ACDP 07–001–515.

34 Friedrich Bohl (geb. 1945), Rechtsanwalt; 1963 JU und CDU, 1964–1970 Kreisvorsitzender der JU Marburg-Land, 1969–1973 Bezirksvorsitzender der JU Mittelhessen, 1970–1980 MdL Hessen, 1980–2002 MdB (1984–1989 Parlamentarischer bzw. 1989–1991 Erster Parlamentarischer Geschäftsführer der CDU/CSU-Fraktion), 1991–1998 Bundesminister für besondere Aufgaben und Chef des Bundeskanzleramtes.

BUNDESPARTEITAG

Kraske: Nach unserem Statut werden wir gebeten, folgende Wahlen der Partei zu bestätigen, nämlich Wahlen von Vorsitzenden unserer neukonzipierten Fachausschüsse. Unser Berliner Freund Karl-Heinz Schmitz³⁵ ist zum Vorsitzenden des Bundesarbeitskreises Polizei gewählt, Herr Staatssekretär Dr. Beske³⁶ aus Kiel zum Vorsitzenden des Bundesausschusses für Gesundheitspolitik, Herr Gustav Niermann aus Westfalen zum Vorsitzenden des Agrarpolitischen Ausschusses, Herr Dr. Schäfer von der Saar als Vorsitzender des Bundesausschusses für Wirtschaftspolitik und Herr Stingl zum Vorsitzenden des Bundesausschusses für Sozialpolitik; die letzten drei sind wiedergewählt wegen Erfolgs im Amt. Darf ich Sie bitten, diese Wahlen zu bestätigen, so wie das seine Ordnung hat nach unserem Statut. Gegenstimmen? Nicht der Fall, dann werde ich auch diese Herren endgültig bestätigen.

Meine Damen und Herren, darf ich außerhalb der Tagesordnung oder, wenn Sie so wollen unter dem Punkt „Verschiedenes“, wo ich ein so wichtiges Thema aber ungerne ansiedeln würde, noch einen kurzen Vorausblick auf unseren Bundesparteitag geben?

Also, in vollem Einklang mit der Tagesordnung, ich bin ihr soeben vorausgeeilt. Der Bundesparteitag findet, wie Sie wissen, vom 9. bis 11. Oktober in Wiesbaden statt. Das heißt, er beginnt für Sie am Sonntag, dem 8. Oktober, wo wahrscheinlich nachmittags eine vorbereitende Sitzung des Bundesvorstandes sein wird. Das klare Ziel dieses Parteitages ist im Blick auf Wahlen am 3. Dezember die Präsentation unseres Wahl- und Regierungsprogramms und die Präsentation unseres Spitzenkandidaten und seiner Mannschaft für diesen Wahlkampf. Außerdem meine ich, sind Parteitage der CDU und vier Wochen später der CSU³⁷ eine hervorragende Basis, um die Geschlossenheit der beiden Parteien in besonderer Weise deutlich zu machen.

Der Parteitag hat eine Reihe von bindenden Tagesordnungspunkten, die sich entweder aus dem Statut ergeben oder aus schon bisher getroffenen Beschlüssen. Das bedeutet, daß selbstverständlich der Vorsitzende und unser Spitzenkandidat am Anfang und am Ende dieses Parteitages sprechen wird. Das bedeutet, daß der Generalsekretär dem Parteitag einen Bericht über die Arbeit der Partei – und d.h. in diesem Zusammenhang wohl vor allem über die Vorbereitung des Wahlkampfes – zu geben hat. Und das bedeutet, daß die Grundsatzkommission, die wir auf dem letzten Parteitag oder kurz danach eingesetzt haben, durch ihren Vorsitzenden Herrn von Weizsäcker den angekündigten Zwischenbericht geben wird.

Wir gehen davon aus oder jedenfalls sind wir heute vormittag übereinstimmend

35 Vgl. UiD Nr. 24 vom 22. Juni 1972 „Bundesarbeitskreis Polizei der CDU“.

36 Dr. Fritz Beske (geb. 1922), Mediziner; 1946–1951 Medizinstudium, 1951–1959 Mitglied des Gesundheitsausschusses der Stadt Kiel, 1958 Eintritt in die Gesundheitsabteilung des Innenministeriums Schleswig-Holstein (Regierungsmedizinalrat), ab 1965 Abteilungsleiter, 1971–1981 Staatssekretär im Sozialministerium Schleswig-Holstein, 1973 Ernennung zum Honorarprofessor an der Medizinischen Hochschule Lübeck.

37 Landesparteitag der CSU am 3./4. November 1972 in München (Unterlagen in ACDP Dokumentation 2/335).

davon ausgegangen, daß dies wohl die Aufgabe des Eröffnungstages, also Montag, 9. Oktober, und die Verkündung dieses Programms des Schlußtages, nämlich Mittwoch, 11. Oktober, sein wird. Mit der Gestaltung des mittleren Tages, Dienstag, 10. Oktober, hat sich das Präsidium heute auf der Basis von zwei alternativen und, wenn Sie so wollen, kontroversen Vorschlägen beschäftigt. Das Präsidium ist hier noch nicht zu einem Abschluß gekommen. Es gibt entweder die Möglichkeit, an diesem Tag mit einer sehr guten, dann aber sehr dichten Regie nacheinander die wichtigsten Bereiche unserer Politik, von der Ostpolitik über die Wirtschafts-, Gesellschafts- und Bildungspolitik bis hin zu den Fragen der grundsätzlichen Auseinandersetzung mit der Linken bis hin zur Frage der inneren Sicherheit darzustellen und zu diskutieren. Das bedeutet, daß für jedes dieser Themen wahrscheinlich nicht mehr als eine und bei manchen eben nicht mal ganz eine Stunde zur Verfügung steht. Das wirft gewisse Schwierigkeiten für die Platzierung unseres personellen Angebotes im Programm eines solchen Parteitages auf, die ich hier nicht näher zu erläutern brauche. Das hat natürlich den Vorteil eines jeweils vollen Plenarsaals, was sicher die überzeugendste Bühne für diese Präsentation von politischen Überzeugungen, Lösungsvorschlägen und politischem Personal gibt.

Die zweite Möglichkeit ist die, daß wir sowohl die zur Verfügung stehende Zeit, wie auch die Möglichkeiten der personellen Präsentation dadurch verdreifachen, daß wir nebeneinander am Dienstag drei große Arbeitskreise tagen lassen. Einen zu dem Thema „Außen-, Europa-, Deutschland-, Sicherheitspolitik“. Einen zu dem Thema „Stabilität und Fortschritt – Wirtschafts-, Finanz-, Haushalts-, Gesellschafts-, Bildungspolitik“ usw. Einen zu dem Thema „Innere Sicherheit – linke Unterwanderung, prinzipielle Auseinandersetzung mit dem Sozialismus“ usw. Dieses würde die Möglichkeit, bestimmte Mitglieder unserer Mannschaft, unser breit gestreutes personelles Angebot deutlich zu machen, nach meiner Überzeugung vergrößern. Ich erkenne nicht die Schwierigkeiten, die darin liegen. Darüber haben wir im Präsidium heute lange gesprochen. Wir sind im Präsidium auseinandergegangen, daß diese Frage im Laufe der nächsten 14 Tage, drei Wochen noch mal gründlich überprüft und diskutiert werden muß. Das hängt auch mit der Frage zusammen, wie wir uns die Verabschiedung eines solchen Regierungs- und Wahlprogramms vorstellen. Ob es das Programm unseres künftigen Bundeskanzlers ist, der das Parteitagsprogramm zur allgemeinen Zustimmung vorträgt oder ob es, was wir bei manchen früheren Wahlparteitagen gehabt haben, eine Wahlkampfplattform ist, über die am Ende dieser Parteitag mindestens durch Akklamation abstimmt und wo, jedenfalls theoretisch, die Möglichkeit für die Delegierten gegeben ist, noch Beiträge dazu zu leisten. Meine Erfahrung in dieser Partei ist die, daß zwei Monate vor einer Wahl unsere Delegierten so vernünftig eingestellt sind auf die Aufgaben dieses Parteitages, daß in dieser Beziehung kein Unterschied besteht zwischen Plenum und Arbeitskreisen. Hier kann man jedermann vorher klarmachen, daß jetzt nicht die Zeit ist, um tiefgreifende Kontroversen anzuhören. Für mich ist das eine rein technische, eine rein praktische Frage, wie kommen wir mit der Präsentation dieses Parteitages nach außen am besten und am breitesten weg. Das werden wir in den nächsten Wochen weiter zu diskutieren haben. Ihnen, wie ich hoffe,

Mitte September einen abschließenden Vorschlag vorlegen können, reicht dann auch zeitlich, denn wie gesagt, der Parteitag beginnt am 9. Oktober, und wenn wir den Delegierten bis Ende September das fertige Programm schicken, werden sie in dieser besonderen Situation eines Wahlparteitages sicher keine Fristenwände dazu erheben.

Barzel: Vielen Dank für diesen Bericht.

Langguth: Ich glaube, wenn man sich die letzten Parteitage der CDU ansieht, dann waren sie doch dadurch sehr lebendig, daß eine ziemlich breite, offene und lebendige Diskussion im ganzen Plenum möglich war. In den Arbeitskreisen, die Sie vorgeschlagen haben, kann einfach die Fülle aus der übriggebliebenen Thematik gar nicht untergebracht werden. Ob das jetzt mal die Bildungspolitik ist oder genauso (*Kraske:* Gehört da nicht rein, sondern in den zweiten!) der Arbeitskreis Stabilität und Wirtschaft. Ich will nur sagen, die CDU hat durch die letzten Parteitage das Image erhalten, daß sie eine diskussionsfreudige Partei ist, in der nicht nur Fachleute den Ton angeben. (*Starke Unruhe und Diskussion.*)

Von Weizsäcker: Ich möchte jetzt nicht zu dieser Kontroverse Stellung nehmen, ob Arbeitskreise oder Plenarsitzungen. Nur für den Fall Plenarsitzungen ist auch mein Eindruck, daß eine lebendige, offene Diskussion im Plenum eines Parteitages eine sehr wichtige Sache für das Image nach draußen ist. Das halte ich aber dann nicht für möglich, wenn man an einem Tag zwölf Themen oder ich weiß nicht wie viele hintereinander durchzieht, sondern dann muß man an diesem zweiten Tag sich eben beschränken. Ich weiß auch gar nicht, warum das nicht möglich sein soll. (*Zwischenruf:* So ist das richtig! Die Beschränkung ist der Meister!) Wir können also meiner Meinung nach nicht anfangen (*Zwischenruf:* Was für ein Zirkus!) mit irgendeiner Aussicht auf Erfolg intern wie nach außen, einen Tag lang zwölf Ressorts oder zwölf Themen je eine Stunde lang vorzustellen, da kommt ja überhaupt keine Diskussion heraus, die irgendeinen erkennbaren Sinn hat.

Barzel: Das Entscheidende ist natürlich die Frage, wie verständigen wir uns mit der CSU über die Form der Verabschiedung des gemeinsamen Papiers? Das ist das Entscheidende. Wenn es ein Papier von der CDU allein werden sollte, was ich ja hoffe zu vermeiden, dann habe ich die Wahl schon längst verloren. Das kann der Parteitag z. B. nicht ändern.

Köpler: Ich würde auch vorschlagen, nicht so sehr die Linie des Auseinanderfallens des Parteitages in Arbeitskreise zu verfolgen. Ich glaube, die Wirkung, die wir haben wollen von dem Parteitag – und es ist ja eine einmalige Gelegenheit –, ist, die Thematik der Presse zu bestimmen. Es kann sehr viel mehr erreicht werden, wenn wir wie bei den letzten Parteitagen im Plenum zusammensaßen. Das setzt natürlich voraus, daß wir die Laufstegfunktion dieses Parteitages auf ein Minimum reduzieren. Ein Zuviel an Berichterstattung schlägt das natürlich tot. Aber es ist richtig, wir sollten abwarten, weil die entscheidende Frage für den Ablauf und die Dramaturgie dieses Parteitages die ist: Steht ein Beschluß am Ende des Parteitages oder steht eine Akklamation eines vorher mit dem Präsidium abgesprochenen Programmtextes zur Diskussion? Im übrigen, glaube ich, brauchen wir bei den Delegierten keine Sorge zu haben. Wenn die im Plenum diskutieren, wenn wir das mit der Zeit einigermmaßen hinbekom-

men, dann werden wir Unterstreichungen, farbige Unterstreichungen der Gesamtausgabe bekommen und keine schädlichen Kontroversen.

Barzel: Meine Damen und Herren, in der Partei und auch in Führungsgremien, so eine Sitzung habe ich noch nicht erlebt. Nämlich erstens, daß man nicht mal drei Stunden braucht, um einen Wahlkampf zu besprechen. (*Zwischenruf:* Weil alle heute abend eine Versammlung halten, Herr Vorsitzender.) Ja, die Gründe kenne ich nicht. Und daß das alles gebilligt ist, wie das vorgetragen wurde. Und jetzt kann ich den Punkt „Verschiedenes“ aufrufen. Wird das Wort gewünscht? Das ist nicht der Fall.³⁸ Danke!

³⁸ Ergebnisprotokoll in ACDP 07-001-925.